



**Abschlussdokumentation
des Wettbewerbs
„Zukunftsfähige Kommune“
und
Dokumentation des
dritten Wettbewerbsjahres 2003/2004**

Projektpartner:



Deutsche Umwelthilfe

Deutsche Umwelthilfe e.V.

Fritz-Reichle-Ring 4

78315 Radolfzell

Tel. (0 77 32) 99 95-50

Fax (0 77 32) 99 95-77

www.duh.de

info@duh.de



**agenda
transfer** Agentur für
Nachhaltigkeit
GmbH

Bundesweite Servicestelle
Lokale Agenda 21

Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit

Budapester Str. 11

53111 Bonn



ECOLOG-Institut für Sozial-Ökologische Forschung und Bildung

Nieschlagstr. 26

30449 Hannover



GP Forschungsgruppe/Institut für Grundlagen- und Programmforschung

Nymphenburger Str. 47

80335 München

Kooperationspartner:

Deutscher Städtetag

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Medienpartner:

notur
kosmos

U M W E L T
kommunale
ökologische *Briefe*

ökom verlag

Das Projekt wird gefördert von:



Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Redaktion: Carla Vollmer

Texte: Albrecht Hoffmann, Robert Spreter, Carla Vollmer,
sowie Beiträge aus zahlreichen Städten und Gemeinden

Radolfzell, im November 2004

Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bezug: DUH Umweltschutz-Service GmbH

Fritz-Reichle-Ring 4

78315 Radolfzell

Tel: (0 77 32) 99 95 18

Fax: (0 77 32) 99 95 77

E-Mail: loeffel@duh.de

Vorwort

175 Städte und Gemeinden sind in den letzten drei Jahren dem Aufruf der Projektpartner - Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Agenda-Transfer, ECOLOG-Institut und GP-Forschungsgruppe - gefolgt, sich dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ zu stellen. Mit der Auszeichnungsfeststellung des dritten Wettbewerbsjahres, bei der in Berlin im Juni 2004 Freiburg, Mönkebude, Riedstadt und Weissach im Tal als Sieger gekürt wurden, endete dieses Projekt. Der bislang bundesweit einzigartige Wettbewerb, bei dem harte Fakten wie die Indikatoren und weiche Kriterien wie die Qualitätseinschätzung des lokalen Agenda 21-Prozesses zu einer Bewertung zusammengeführt wurden, ist nun abgeschlossen.

Im Laufe der drei Jahre wurden fast 25.000 Daten erhoben und 160 lokale Agenda 21-Prozesse auf den Prüfstand gestellt. Die eingereichten Projekte zeigten, wie vielfältig und unterschiedlich das Handeln im Sinne der Lokalen Agenda 21 vor Ort ist. Diese Beispiele aus den teilnehmenden Städten und Gemeinden machen Mut. Sie beweisen, dass erfolgreiche lokale Agenda 21-Prozesse möglich sind - sei es in Großstädten, in mittelgroßen Orten oder in kleinen Dörfern. Und sie weisen darauf hin, dass hinter guten Indikatorenwerten gelungene Konzepte stecken.

Beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ wurden viele innovative und erfolgreiche Strategien, Konzepte und Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit ermittelt, die zur Nachahmung anregen sollen. Wir sorgen nun für eine Weitergabe der beispielhaften Projekte und Maßnahmen der Siegerkommunen an andere Städte und Gemeinden, damit der Funke der Nachhaltigkeit sich weiterverbreitet. Zudem wollen wir mit diesen guten Beispielen zeigen, dass kommunale Nachhaltigkeit realisierbar ist.

Alle Städte und Gemeinden haben durch ihre Teilnahme am Wettbewerb gewonnen. Sie haben den mutigen Schritt gewagt, eine Nachhaltigkeitsbilanz mit Hilfe von Indikatoren zu ziehen. Zudem haben sie anhand von Kriterien ihren lokalen Agenda 21-Prozess eingeschätzt. Vor allem haben sie gezeigt, dass ihnen eine Ausrichtung ihrer Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit auch in Zeiten knapper Kassen ein wichtiges Anliegen ist.

Ein großer Erfolg des Projekts ist es, dass die Städte und Gemeinden in der Anwendung von Indikatoren einen großen Schritt weitergekommen sind. Anfangs gab es für viele Kommunalvertreter noch Hemmnisse, die Ergebnisse der Indikatoren in der kommunalen Praxis zu verwenden. Inzwischen fordern die Kommunalverwaltungen die Auswer-

tungsergebnisse an, weil sie Vorlagen für den Gemeinderat erstellen wollen und die Indikatoren wichtige Basiswerte dafür liefern. Genau diesen Erfolg wollten wir erreichen!

Im Verlauf der drei Wettbewerbsjahre haben wir einen Fragebogen entwickelt, in dem fast alle Unwägbarkeiten bedacht sind und mit dem vor Ort gut gearbeitet werden kann. Mit dem Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ steht ihnen nun ein Instrument, das umfassend auf die Praxistauglichkeit getestet wurde, zur Verfügung. Wir danken allen teilnehmenden Städten und Gemeinden ganz herzlich für ihre vielen konstruktiven Rückmeldungen, die sehr zur Weiterentwicklung des Fragebogens beigetragen haben.

Der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gilt ein herzliches Dankeschön für ihre finanzielle Förderung des Projektes. Ebenso danken wir auf diesem Wege ganz herzlich unseren Kooperationspartnern - dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund - für ihre Unterstützung unseres Wettbewerbs.

Unseren Medienpartnern - dem Umweltinformationsdienst „punkt.um/ökom“, dem Fachmagazin „Umwelt kommunale ökologische Briefe“ und dem Magazin „natur & kosmos“ - wollen wir unseren Dank für die gute Öffentlichkeitsarbeit aussprechen. Wir danken der Jury ganz herzlich für ihre dreijährige aktive Mitarbeit beim Wettbewerb.

Viele Städte und Gemeinden haben das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ als wichtigen Impuls genommen, um sich zum ersten Mal mit der Anwendung von Indikatoren zu befassen. Verschiedene Rückmeldungen zeigten uns, dass auch Kommunen, die sich nicht am Wettbewerb beteiligt haben, damit arbeiten. Daher sind wir zuversichtlich, dass das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ auch weiterhin erfolgreich eingesetzt wird.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Carla Vollmer und Robert Spreter
Deutsche Umwelthilfe e.V.

Albrecht Hoffmann, Agenda-Transfer

Dr. H.-Peter Neitzke, ECOLOG-Institut

Dr. Dieter Korczak, GP-Forschungsgruppe



1.	Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“	5
	1.1 Bilanz des dreijährigen Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“	
	1.2 Ergebnisse der Kampagne „Zukunftsfähige Kommune“	
2.	Der Verlauf des dritten Wettbewerbsjahres 2003/2004	10
3.	Die Portraits der Sieger	14
	3.1 Freiburg	
	3.2 Riedstadt	
	3.3 Weissach im Tal	
	3.4 Mönkebude	
4.	Die Indikatoren des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“	18
	4.1 Entwicklung des Indikatoren-Sets im Laufe der drei Wettbewerbsjahre	
	4.2 Die Empfehlung von 20 Indikatoren zur Messbarkeit kommunaler Nachhaltigkeit	
	4.3 Erfahrungswerte im Einsatz von Indikatoren	
	4.4 Ursachen in Städten und Gemeinden bei guten Indikatorenwerten	
5.	Die Qualitätseinschätzung der lokalen Agenda 21-Prozesse	27
	5.1 Öffentlichkeitsarbeit	
	5.2 Leitbilder und Leitlinien für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung	
	5.3 Handlungsprogramme und Maßnahmenkataloge als Richtschnur für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung	
	5.4 Nachhaltigkeit in Beschlussvorlagen und Berichten	
	5.5 Verknüpfung des lokalen Agenda 21-Prozesses mit Planungen der Kommunalentwicklung	
6.	Resümée und Ausblick	34

Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“

Zwölf Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 haben mehr als 2.500 Städte und Gemeinden in Deutschland den Beschluss gefasst, einen lokalen Agenda 21-Prozess durchzuführen. Sie sind in einen Konsultationsprozess mit ihren Bürgern eingetreten. Während mancherorts die Konsultationsprozesse abgeschlossen sind, verstehen es andere Orte als fortwährende Aufgabe, ihre Entwicklung im Sinne der Lokalen Agenda 21 zu gestalten. Viel wurde in den letzten Jahren erreicht: Projekte und Initiativen wurden gestartet. Handlungsprogramme, Aktionsprogramme, Maßnahmenkataloge und Leitbilder wurden gemeinsam mit Bürgern und Interessengruppen erarbeitet. Lokale Agenda 21-Prozesse haben sich als ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung etabliert, wenn es darum geht, die Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit zu gestalten.

Vereinbarte Ziele und darauf abgestimmte Maßnahmen und Projekte, die zur Verbesserung der lokalen Situation in Richtung Nachhaltigkeit beitragen sollen, bedürfen eines Nachhaltigkeitscontrollings. Mit Hilfe von Zahlen soll belegt werden, was vor Ort im Sinne der Lokalen Agenda 21 erreicht wurde. In den letzten Jahren wurde auf der lokalen, regionalen, landes- und bundesweiten Ebene intensiv über die Auswahl und den Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren diskutiert.

Verschiedene Institutionen wie das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, die Energieagentur Nordrhein-Westfalen, B.A.U.M., FEST, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung und die Projektgruppe „Zukunftsfähige Kommune“ haben Indikatoren-Sets entwickelt und erprobt.

Im Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ konnten Städte und Gemeinden mit Hilfe von Indikatoren die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten hinsichtlich einer sozial gerechten, ökonomisch tragfähigen und die Umwelt schützenden Entwicklung messen. Dabei ging der Wettbewerb noch einen Schritt weiter. Anhand von Kriterien wurde die Qualität des lokalen Agenda 21-Prozesses eingeschätzt. Die Beteiligten konnten gemeinsam den Verlauf ihres lokalen Agenda 21-Prozesses anhand von Kriterien überprüfen und dessen Stärken sowie Schwächen herausarbeiten. Die Ergebnisse bei den Nachhaltigkeitsindikatoren und bei der Qualitätseinschätzung wurden nach einem festgelegten Auswertungsverfahren von einer Fachjury zu einer Gesamtbewertung zusammengeführt.

Im September 2001 startete das erste Wettbewerbsjahr. Dreimal rief die Projektgruppe die Städte und Gemeinden bundesweit auf, sich dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ zu stellen. 175 Städte und Gemeinden haben diese Chance wahrgenommen, 41 von ihnen mehrmals. Die kleinste Kommune war die Gemeinde Mönkebude mit 830 Einwohnern, die größte Duisburg mit knapp 519.000 Einwohnern. Baden-Württemberg und Bayern stellten die meisten Teilnehmerkommunen, dicht gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Im Laufe der drei Wettbewerbsjahre wurden insgesamt zwölf Städte und Gemeinden ausgezeichnet.

Die Sieger des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2001/2002

Teilnehmerklasse bis 10.000 Einwohner:	Weissach im Tal (Baden-Württemberg)
Teilnehmerklasse von 10.001 bis 80.000 Einwohner:	Ettlingen (Baden-Württemberg)
Teilnehmerklasse über 80.000 Einwohner:	Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) und Saarbrücken (Saarland)

Die Sieger des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2002/2003

Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner:	Eichstetten (Baden-Württemberg)
Teilnehmerklasse von 5.001 bis 15.000 Einwohner:	Wettenberg (Hessen)
Teilnehmerklasse von 15.001 bis 100.000 Einwohner:	Bamberg (Bayern)
Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner:	Augsburg (Bayern)

Die Sieger des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2003/2004

Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner:	Mönkebude (Mecklenburg-Vorpommern)
Teilnehmerklasse von 5.001 bis 15.000 Einwohner:	Weissach im Tal (Baden-Württemberg)
Teilnehmerklasse von 15.001 bis 100.000 Einwohner:	Riedstadt (Hessen)
Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner:	Freiburg (Baden-Württemberg)

1.1 Bilanz des dreijährigen Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

- Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ hat Städten und Gemeinden einen Indikatorenansatz, der die verschiedenen Bereiche der Agenda 21 umfasst, zur Verfügung gestellt. Die Städte und Gemeinden haben durch die Teilnahme am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ einen umfassenden Überblick über die Datenlage vor Ort zu den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität erarbeitet.
- Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ gab den Städten und Gemeinden eine Orientierung, wo sie im interkommunalen Vergleich stehen, wenn man den Maßstab der Nachhaltigkeit anlegt. Jede Kommune erhielt eine Rückmeldung, wie sie im Vergleich zum besten und schlechtesten Wert bei jedem Indikator abgeschnitten hat. Zudem wurden die Namen der vier bzw. zehn besten Kommunen bei jedem Indikator im Internet veröffentlicht. Diese Rückmeldungen gaben den Städten und Gemeinden wichtige Impulse und bildeten eine Diskussionsgrundlage für künftige Planungen und Konzepte.
- Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ regte Städte und Gemeinden an, regelmäßige Daten zu erheben und diese als Kontrollinstrumente für eine zukunftsfähige Entwicklung vor Ort zu nutzen. 41 der 175 Kommunen haben im dreijährigen Wettbewerbszeitraum jedes Jahr bzw. alle zwei Jahre die Daten zu den Indikatoren fortgeschrieben. Sie können somit für diesen Zeitraum aufzeigen, ob sie sich in den verschiedenen Bereichen verbessert haben.

Ein langjähriger erfolgreicher lokaler Agenda 21-Prozess und Stärken in den Bereichen Wohlbefinden und soziale Gerechtigkeit führten zum Sieg der Stadt Rostock im Wettbewerbsjahr 2001/2002.



Foto: Stadt Rostock



Foto: Stadt Ettlingen

Die Stadt Ettlingen wurde Siegerin im Wettbewerbsjahr 2001/2002 aufgrund ihrer Stärken in den Bereichen soziale Gerechtigkeit und Wohlbefinden.

- Zudem haben unsere Indikatoren Eingang in verschiedene, vor Ort entwickelte Indikatoren-Systeme gefunden. Basierend auf den Erfahrungen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommunen“ haben Städte und Gemeinden wie beispielsweise Fürstenberg, Saarbrücken, Rostock, Erfurt, Augsburg und Tübingen eigene Indikatoren-Sets entwickelt bzw. weiterentwickelt. Anregungen aus dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ wurden somit in die konkrete kommunale Praxis übernommen.
- Nach jedem Wettbewerbsjahr haben sich Agenda 21-Beteiligte aus Bürgerschaft, Interessengruppen, Kommunalpolitik und -verwaltung mit den Ergebnissen ihrer Stadt bzw. Gemeinde intensiv auseinandergesetzt. Manche Ergebnisse waren überraschend, andere bestätigten die eigene Einschätzung. Die Kommunen konnten Lösungsstrategien für die durch die Indikatoren und Qualitätskriterien aufgezeigten Problembereiche entwickeln. Ein anschauliches Beispiel ist die Stadt Steinfurt (Nordrhein-Westfalen, 34.600 Einwohner), die anlässlich des Resultats beim Indikator „Übergewichtige Kinder“ eine Kampagne für eine ausgewogene Ernährung an einem Gymnasium startete. Die Lehrer entwickelten ein Konzept, um Schüler und Eltern über gesunde Ernährung aufzuklären.
- Im Laufe des dreijährigen Projekts wollten wir einen Indikatorenansatz entwickeln, der alle Bereiche der Agenda 21 besser als bisher abbildet und zu dem aussagekräftige Daten gleichermaßen in allen Bundesländern erhoben werden können. Dieses Ziel haben wir erreicht: Im Frühsommer 2003 haben sich die Projektgruppe „Zukunftsfähige Kommune“ und Vertreter anderer Indikatorenansätze auf 20 gemeinsam empfohlene Indikatoren zur Messbarkeit kommunaler Nachhaltigkeit verständigt. Diese Indikatoren wurden im

Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2003/2004 abgefragt und eingehend geprüft. Ein Resultat des dritten Wettbewerbsjahres ist, dass sich diese Indikatoren bewährt haben.

- Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ diente auch als Medium, die Themen „Lokale Agenda 21 und Zukunftsfähigkeit“ in verschiedenen Behörden bekannt zu machen. Wenn die Kommunen ihre Daten zu den verschiedenen Indikatoren bei den einzelnen Behörden anforderten, wurde teilweise darüber diskutiert, warum diese oder jene Daten gebraucht werden und in welchem Bezug dies zur nachhaltigen Entwicklung gesehen wird. In der Stadt Augsburg (Bayern, 256.000 Einwohner), die sich dreimal beteiligte, war es im zweiten Wettbewerbsjahr schon so weit, dass Mitarbeiter auf die Abfrage „ihres“ Indikators warteten. Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ erwies sich als ein gutes Kommunikationsinstrument, um den Begriff „Lokale Agenda 21“ auch innerhalb der Verwaltungen bekannter zu machen.
- Zudem hat der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ Städten und Gemeinden ermöglicht, mit Hilfe von Kriterien die Qualität ihrer lokalen Agenda 21-Prozesse zu bewerten. Die Städte und Gemeinden haben die Qualitätseinschätzung durchweg positiv beurteilt. Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, Kommunalpolitik und -verwaltung unterzogen gemeinsam den lokalen Agenda 21-Prozess einer kritischen Überprüfung. Bei der Qualitätseinschätzung wurde konstruktiv, aber auch kontrovers diskutiert. Dass Städte und Gemeinden Impulse der Qualitätseinschätzung aufgriffen, zeigte sich bei den Städten und Gemeinden, wo sich im Laufe der Jahre positive Veränderungen feststellen ließen. Befand sich die Stadt Tübingen (Baden-Württemberg, 81.000 Einwohner)

In Saarbrücken, Sieger des Wettbewerbsjahres 2001/2002, lernen Schüler schon frühzeitig den sorgsamen Umgang mit Energie.



Foto: Dr. Jürgen Lottermoser, Saarbrücken



Foto: KUMAS e.V.

Augsburg, Sieger des Wettbewerbsjahres 2002/2003, ist eine Keimzelle für nachhaltige Technologien. Das Bayerische Institut für Angewandte Umweltforschung (Foto) ist nur eine von vielen Einrichtungen.

im ersten Wettbewerbsjahr in einem Leitbild-Prozess, so zeigten die Ergebnisse des zweiten Wettbewerbsjahres, dass das Leitbild im Frühsommer 2003 vollendet worden war. Die Stadt Bretten (Baden-Württemberg, 27.000 Einwohner) erarbeitete zwischen zwei Wettbewerbsjahren ein Leitbild und ein Handlungsprogramm. Die Ergebnisse der Qualitätseinschätzung führten in Unterhaching (Bayern, 20.700 Einwohner) zu einer Diskussion über Schwachstellen des lokalen Agenda 21-Prozesses. Ein Punkt dabei war die Einbindung von Vertretern der Lokalen Agenda 21 in Entscheidungs- und Planungsvorgänge. Inzwischen werden Vertreter bei der Aufstellung von Bebauungsplänen von Anfang an einbezogen. Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ hat laufenden lokalen Agenda 21-Prozessen neuen Schwung verliehen.

- Die Ergebnisse der Qualitätseinschätzung zeigen, dass in Städten und Gemeinden Vorbildliches geleistet wurde. Sie haben Leitbilder, Handlungsprogramme und Maßnahmenpläne erfolgreich erarbeitet und befinden sich in der Umsetzungsphase. Andere Orte haben bereits viele Projekte umgesetzt, sind aber noch bei der Erarbeitung eines Leitbilds als Richtschnur für ihre künftige Entwicklung. Umsetzungsberichte zeigen, was in einer Kommune alles schon geleistet wurde. In manchen Städten und Gemeinden werden Beschlussvorlagen des Rates auf Nachhaltigkeit überprüft. So werden die Ergebnisse des lokalen Agenda 21-Prozesses mit der alltäglichen Kommunalpolitik verzahnt.

1.2 Ergebnisse der Kampagne „Zukunftsfähige Kommune“

Die den Wettbewerb begleitende Kampagne war eine Informationsdienstleistung der Projektgruppe für Städte und Gemeinden. In vielerlei Hinsicht trug sie zum Erfolg des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ bei:

- Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ stieß auf eine positive Resonanz in den bundesweiten, regionalen und lokalen Medien. Nach der Bekanntgabe der Sieger-Kommunen wurden in den drei Jahren intensiv in der Presse sowie in den kommunalen Fachzeitschriften darüber berichtet. Über die Sieger-Kommune Mönkebude gab es einen Sendebeitrag im Norddeutschen Rundfunk. Hervorzuheben ist, dass nicht nur über die Sieger-Kommunen berichtet wurde. Auch Städte und Gemeinden, die nicht auf den Siegerecklisten standen, veröffentlichten ihre Ergebnisse in ihren lokalen Medien.
- Um den Austausch zwischen Städten und Gemeinden zu fördern, wurden im dreimal jährlich erscheinenden Newsletter „Zukunftsfähige Kommune“ und in der Dokumentation des zweiten Wettbewerbsjahres 2002/2003 beispielgebende Maßnahmen und Projekte beschrieben. Einige davon sind Agenda-Projekte, die bei den drei Wettbewerben eingereicht worden waren. Andere Berichte beschreiben die Strategien einer Kommune, die bei einem Indikator sehr gut abgeschnitten hatte.



Foto: Gemeinde Eichstetten

In Eichstetten, Sieger des Wettbewerbsjahres 2002/2003, werden 16 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet - der bundesweite Durchschnitt liegt bei 3,2 Prozent.

- Jede Sieger-Kommune stellten wir mit ihren Konzepten, Strategien und Maßnahmen in einem sechsseitigen Informationsblatt ausführlich vor. Damit gaben wir Handlungsanreize, lobten die Vorreiter und zeigten Lösungsschritte für die im Wettbewerb erkannten Defizite.
- Die Sieger-Kommunen des ersten Wettbewerbsjahres 2001/2002 - Ettlingen, Rostock, Saarbrücken und Weissach im Tal - portraitierten wir im Rahmen unseres Projekts mit dem halbstündigen Video „AgendaVisionen - Städte und Gemeinden auf dem Weg in eine lebenswerte Zukunft“. Mehr als 1.000 Videos wurden bundesweit an Städte und Gemeinden, Agenda-Gruppen, Kreisbildstellen und Verbände versandt. Teile des Videos wurden im Juli 2003 in der Sendung „nano“ im 3sat-Fernsehen einer breiten Öffentlichkeit gezeigt. Auch im Schulunterricht wird das Video verwendet.



Foto: Stadt Bamberg

Ideenreich wie vieles in Bamberg, Sieger des Wettbewerbsjahres 2002/2003: Das Logo der Lokalen Agenda 21.



Auch in den Ferien gibt es in Wettenberg, Sieger des Wettbewerbsjahres 2002/2003, ein vielseitiges Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche - wie zum Beispiel die Spielaktion „Natur pur“.

- Um den Städten und Gemeinden Hilfestellungen bei der Datenerhebung zu geben, veranstaltete die Projektgruppe im Laufe der drei Jahre insgesamt 15 Workshops, an denen mehr als 200 Vertreter aus Kommunen teilnahmen. Wir stellten dort das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ zur Diskussion und erörterten die Transparenz, Aussagekraft und der Leitbildbezug zur Agenda 21 mit den Teilnehmern. Wir klärten Fragen zur Datenbeschaffung und des damit verbundenen Aufwands. Durch diese Diskussionen erhielt die Projektgruppe wichtige Rückmeldungen über die Anwendbarkeit und die Datenverfügbarkeit des Indikatoren-Sets. Diese Anregungen flossen in die Überarbeitung des Indikatoren-Sets ein. Über den Wettbewerb und unser Projekt hinaus hatten diese Veranstaltungen die Funktion einer Fortbildung über praktische Aktionen zur Lokalen Agenda 21 und über die Bewertung der Nachhaltigkeit.
- Um den kommunalen Austausch über die Erfahrungen im Einsatz von Indikatoren in der kommunalen Praxis zu fördern, fand im November 2002 der Workshop „Nachhaltigkeitsindikatoren und ihre Verwendung in der kommunalen Praxis“ in Saarbrücken statt. Bei dieser Veranstaltung wurde deutlich, dass sich die Diskussion über den Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren noch in den Anfängen befindet und dass viel externe Unterstützung bei der Anwendung von Indikatoren in der kommunalen Praxis erforderlich ist.
- Zum Abschluss erstellte die Deutsche Umwelthilfe eine Handlungsanleitung über Indikatoren des Projekts „Zukunftsfähige Kommune“. Die Handlungsanleitung gibt einen Überblick über die Indikatoren des dritten Wettbewerbsjahres 2003/2004 und zeigt die inhaltlichen Hintergründe auf. Zudem ist beschrieben, wie die Indikatoren erhoben wurden und wie die Werte interpretiert werden können.
- Im Internet wurde der Wettbewerb mit den Indikatoren und den Qualitätskriterien ausführlich vorgestellt. Über 1.000 Personen forderten Wettbewerbsunterlagen im Internet an. Die Indikatoren-Ergebnisse der Wettbewerbsjahre für die jeweils besten vier bzw. zehn Kommunen wurden im Internet veröffentlicht. Somit ermöglichten wir allen Städten und Gemeinden, die sich nicht am Wettbewerb beteiligten, aber dennoch Indikatoren erhoben hatten, eine vergleichende Einschätzung ihres Ist-Zustandes anhand der veröffentlichten Werte.

Der Verlauf des dritten Wettbewerbsjahres 2003/2004

Das dritte und letzte Wettbewerbsjahr begann im September 2003 bei der Auszeichnungsfeier in Berlin, bei der die Sieger der zweiten Runde gekürt wurden. Verschiedene Fach- und Kommunalzeitschriften unterstützten den Aufruf zur Teilnahme am dritten Wettbewerb. Mit einem Informationsflyer warben wir bei insgesamt 5.500 Ortsverbänden der Umweltverbände BUND und NABU um Unterstützung. Zudem versandten wir die Wettbewerbsunterlagen an über 2.500 Städte und Gemeinden, die nach unserer Kenntnis einen lokalen Agenda 21-Beschluss gefasst hatten.

Neue Anforderungen im dritten Wettbewerbsjahr

Da die unterschiedlichen Wettbewerbskriterien für kleine und große Kommunen auf sehr positive Resonanz gestoßen waren, erstellten wir für das dritte Wettbewerbsjahr wieder zwei Fragebögen. Für Kommunen über 15.000 Einwohnern galt die Herausforderung, Daten zu 37 Indikatoren zu erheben. Für Gemeinden bis zu 15.000 Einwohnern gab es einen Set mit 20 Indikatoren.

Im Frühsommer 2003 hatten sich verschiedene Herausgeber bundesweiter Indikatoren-Sets darauf verständigt, 20 Indikatoren gemeinsam zu empfehlen. Diese wurden in das Indikatoren-Set der „Zukunftsfähigen Kommune“ eingearbeitet. Dadurch ergaben sich geringfügige Änderungen. Für die beiden kleineren Teilnehmerklassen war diese Liste entsprechend auf 12 Indikatoren gekürzt.

Die Kampagne „Zukunftsfähige Kommune“

Ein wichtiger Bestandteil des Projekts „Zukunftsfähige Kommune“ war die Diskussion mit den Städten und Gemeinden darüber, wie nachhaltige Entwicklung vor Ort gemessen werden kann. Bei fünf regionalen Workshops in Freiburg, Hannover, Erfurt, Augsburg und Düsseldorf diskutierten wir mit den Teilnehmern über die Transparenz und Aussagekraft der Indikatoren sowie deren Leitbildbezug zur Agenda 21. Zudem klärten wir Fragen zur Datenerhebung. Die Ergebnisse der Workshops stellten wir allen Teilnehmern per E-Mail zur Verfügung.

Während der Datenerhebungsphase des Wettbewerbs bot die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) den Städten und Gemeinden bei Detailfragen eine Telefonberatung an. Außerdem fanden die Kommunen auf der Internetseite der DUH unter der Rubrik „Fragen und Antworten“ weitere Hinweise zu den Indikatoren.

Beteiligung am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ 2003/2004

63 Städte und Gemeinden beteiligten sich am dritten Wettbewerb. 43 Prozent der Kommunen nahmen zum zweiten oder dritten Mal teil. Die geographische Verteilung der Städte und Gemeinden ist in der Karte dargestellt.

Anforderungen im Wettbewerbsjahr 2003/2004

Fragebogen für Kommunen über 15.000 Einwohner

- 37 Indikatoren für die Nachhaltigkeit
- 22 Kriterien für die Qualität des lokalen Agenda 21-Prozesses

Fragebogen für Kommunen bis 15.000 Einwohner

- 20 Indikatoren für die Nachhaltigkeit
- 22 Kriterien für die Qualität des lokalen Agenda 21-Prozesses

Überblick über die teilnehmenden Städte und Gemeinden im dritten Wettbewerbsjahr 2003/2004



2

Die Beteiligung der Städte und Gemeinden in den vier Teilnehmerklassen

Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner:
Teilnehmerklasse bis 15.000 Einwohner:
Teilnehmerklasse bis 100.000 Einwohner:
Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner:

10 Gemeinden
16 Gemeinden und Kleinstädte
26 Kommunen
11 Großstädte

Die Jury

- Dr. Kurt Berlo
Wuppertal-Institut
- Dr. Manfred Fuhrich, Bundesamt
für Bauwesen und Raumordnung
- Dr. Burkhardt Kolbmüller
Heimatverband Thüringen
- Ulrich Nitschke
Servicestelle Kommunen in der
Einen Welt
- Simone Probst
Parlamentarische Staatssekretärin,
Bundesumweltministerium
- Prof. Dr. Marga Pröhl
Bertelsmann Stiftung
- Cornelia Rösler
Deutsches Institut für Urbanistik
- Henny Schmid
BUNDjugend Baden-Württem-
berg
- Dr. Fritz Vorholz
DIE ZEIT
- Axel Welge
Deutscher Städtetag
- Joseph Wilhelm
Rapunzel Naturkost AG
- Dr. Karl-Christian Zahn
Deutscher Städte- und Gemeinde-
bund

Auswahl der Sieger durch die Fachjury „Zukunftsfähige Kommune“

Eine Fachjury, die sich aus Experten für nachhaltige Entwicklung und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände zusammensetzte, führte Indikatoren und Qualitätskriterien zusammen. Sie ermittelte erste, zweite und dritte Preisträger in den Teilnehmerklassen. Wir danken der Jury für die sehr engagierte und konstruktive Zusammenarbeit.

Auszeichnung der Siegerkommunen in Berlin

Bei der Auszeichnungsfeier am 29. Juni 2004 in Berlin verliehen Prof. Dr. Harald Kächele, Vorsitzender der DUH, und Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, die Urkunden an zwölf Kommunen. Die Laudatoren waren

- Dr. Karl-Christian Zahn, Deutscher Städte- und Gemeindebund (DSTGB),
- Axel Welge, Deutscher Städtetag, und
- Henny Schmid, BUNDjugend.

Dr. Fritz Brickwedde und Norbert Portz, Beigeordneter für Städtebau und Umwelt des DSTGB, würdigten die Ergebnisse des Projekts „Zukunftsfähige Kommune“ und gratulierten allen Städten und Gemeinden zu ihrer erfolgreichen Teilnahme. Sie hoben in ihren Ansprachen hervor, dass Indikatoren für eine zukunftsweisende Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung unabdingbare Instrumente seien. Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ habe dabei einen wichtigen Beitrag geleistet, denn er versuchte auf eine sportliche und medienwirksame Weise, das Thema „Indikatoren“ auf kommunaler Ebene voranzubringen. Auch wenn der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ bei dieser Auszeichnungsfeier beendet wurde, gingen die beiden Redner davon aus, dass Städte und Gemeinden weiterhin mit dem Indikatoren-Set arbeiten werden.



Die Sieger-Kommunen freuen sich über ihren Erfolg.

Die Gewinner des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ 2003/2004

Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner

1. Platz: Mönkebude (Mecklenburg-Vorpommern)

Teilnehmerklasse von 5.001 bis 15.000 Einwohner

1. Platz: Weissach im Tal (Baden-Württemberg)
2. Platz: Markgröningen (Baden-Württemberg)
3. Platz: Birkenau (Hessen) und Usingen (Hessen)

Teilnehmerklasse von 15.001 bis 100.000 Einwohner

1. Platz: Riedstadt (Hessen)
2. Platz: Bamberg (Bayern)
3. Platz: Goslar (Niedersachsen)

Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner

1. Platz: Freiburg (Baden-Württemberg)
2. Platz: Augsburg (Bayern)
3. Platz: Dresden (Sachsen) und Gera (Thüringen)

Die Portraits der Sieger des Wettbewerbsjahres 2003/2004

3

3.1 Freiburg

In der Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner erzielte die Stadt Freiburg im Breisgau den ersten Platz. In der Universitätsstadt, in der über 200.000 Menschen leben, dominieren wachstumsstarke Dienstleistungen und zukunftsweisen- de Branchen wie Solarproduktion, Bio-, Informations- und Medientechnologie. Die landschaftliche Lage und die attraktive Innenstadt machen Freiburg zu einem begehrten Wohnort. Es verwundert deshalb nicht, dass Freiburg im Bereich „Wohlbefinden“ gut abgeschnitten hat. Weitere Spitzenwerte erzielte die Stadt in den Kategorien „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“ sowie „Wirtschaftliche Effizienz“.

In Freiburg ist der öffentliche Nahverkehr sehr gut ausgebaut. Mehr als 90 Prozent der Einwohner lebten im Jahr 2002 in der Nähe einer Haltestelle. Die Freiburger bevorzugen umweltfreundliche Verkehrsmittel: 70 Prozent gehen zu Fuß oder fahren lieber mit Bus, Bahn oder Rad als mit dem Auto. Die Stadt wirtschaftet effizient mit der Ressource „Fläche“, da Freiburg zu den dicht besiedeltesten Städten Deutschlands gehört. 44 Menschen lebten im Jahr 2002 auf einem Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche. Um sparsam die Ressource „Fläche“ einzusetzen, wurden in den letzten Jahren auf vorbildliche Weise

„Nach dem Titel *Öko-Hauptstadt* der Deutschen Umwelthilfe im Jahr 1992 freuen wir uns sehr über den 1. Platz im Wettbewerb *Zukunftsfähige Kommune*. Diese hohe Auszeichnung ist uns ein Ansporn. Bürgerschaft, Gemeinderat und Stadtverwaltung werden gemeinsam für eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und ökologisch ausgerichtete Stadtentwicklung im Sinne der Agenda 21 weiterarbeiten.“

Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon

Stadt Freiburg

Wohnhäuser und Bürogebäude auf umgenutzten Flächen wie Konversionsflächen errichtet.

Klimaschutz ist ein wichtiger Aspekt der Freiburger Stadtpolitik. Dort sind die meisten Solaranlagen pro Einwohner im Vergleich zu den anderen Großstädten dieser Teilnehmerklasse installiert. Zudem setzt Freiburg zunehmend auf Energieerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und Biomasse. Auch die wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort sind gut. Unter 3 Prozent der Jugendlichen waren im Jahr 2002 arbeitslos - bundesweit lag die Jugendarbeitslosenrate bei 9,5 Prozent.

Auch bei der Qualitätseinschätzung des lokalen Agenda 21-Prozesses hat Freiburg gut abgeschnitten. Seit 1998 initiieren und realisieren Verwaltung, Bürger und Interessengruppen zahlreiche nachhaltige Projekte. Gemeinsam mit der Bürgerschaft wurden Leitbild und Leitziele für die künftige Stadtentwicklung erarbeitet. Hervorzuheben ist der umfassende Bürgerbeteiligungsprozess bei der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan. Vertreter von Bürgervereinen und Lokaler Agenda 21 haben hierzu mit der Stadt ein Konzept entwickelt, das die Bürger weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus an der Erstellung des Flächennutzungsplans beteiligt.

Blick auf das Freiburger Münster.



Foto: Stadt Freiburg

3.2 Riedstadt

Die hessische Gemeinde Riedstadt erzielte in der Teilnehmerklasse von 15.001 bis 100.000 Einwohnern den Sieg. Die noch erhaltene ländliche Struktur, aber auch die Nähe zu den Großstädten Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Mannheim prägen die hohe Standortqualität. Der Gemeinde ist es gelungen, durch die Ansiedlung umweltfreundlicher Gewerbebetriebe und die Anbindung an den Rhein-Main-Wirtschaftsraum eine gute Basis für Leben, Arbeiten, Wohnen und Freizeit vor Ort zu schaffen. 21.600 Menschen leben dort.

Bei den Indikatoren für die Nachhaltigkeit schneidet Riedstadt in den Bereichen „Wohlbefinden“ und „Soziale Gerechtigkeit“ besonders gut ab. Die Gemeinde ist attraktiv für jüngere und ältere Menschen. Viele Menschen ziehen gerne dorthin. Sieben Prozent der Riedstädter sind jünger als sieben Jahre. In der Kommunalpolitik waren viele Frauen im Jahr 2002 im Vergleich zu anderen Orten in der Teilnehmerklasse aktiv. 40 Prozent der Mitglieder der Gemeindevertretung sind Frauen – ein vergleichsweise hoher Anteil. In der Gemeinde, die nach der EU-Verordnung „Eco-Management and Audit Scheme“ (EMAS) zertifiziert wurde, nimmt der effiziente Umgang mit Energie einen hohen Stellenwert ein. Die Verwaltung setzt sparsam Strom und Wärme in ihren Liegenschaften ein.

Hervorzuheben sind die Ergebnisse bei der Qualitätseinschätzung des lokalen Agenda 21-Prozesses. Die Riedstädter haben dabei einen besonderen Weg gewählt. Sie führten ein Modellprojekt zur Lokalen Agenda 21 gemeinsam mit der Technischen Universität Darmstadt durch. Von dieser Zusammenarbeit profitierten beide Seiten: die Gemeinde durch den fachlichen Input, die Wissenschaftler durch den unmittelbaren Praxisbezug.

In Riedstadt sind die Kindertagesstätten den Bedürfnissen junger Familien gut angepasst. In jedem der fünf Ortsteile gibt es eine Kindertagesstätte, wo die Kinder zu Mittag essen können.



Foto: Gemeinde Riedstadt

„Über die Auszeichnung im Wettbewerb *Zukunftsfähige Kommune* freue ich mich sehr. Zwar heißt der erste Platz für uns nicht, dass es in Riedstadt nichts mehr zu verbessern gäbe – aber er bestärkt uns darin, die Wirkungen unserer Planungen und unserer Politik kritisch zu prüfen. Ohne das große Engagement der Beteiligten aus der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik wäre das nicht möglich. Deshalb ist der Preis auch eine Ermutigung und ein Ansporn für die Riedstädter: wir arbeiten daran, noch besser zu werden...!“

Bürgermeister Gerald Kummer

Gemeinde Riedstadt

In dem seit 1996 laufenden Prozess wurde schon viel erreicht: Bürger, Bürgerinnen, Interessengruppen und Verwaltung haben gemeinsam Leitlinien, Projekte, Maßnahmen und ein Handlungsprogramm erarbeitet. Im November 2000 verabschiedete die Gemeindevertretung die „Riedstädter Agenda“. Im Juni 2001 wurde diese um Ziele für den Bereich der Siedlungsentwicklung ergänzt. Die Riedstädter Bevölkerung erhielt die Möglichkeit, die „Riedstädter Agenda“ durch ihre Unterschriften zu unterstützen oder in Projekten zur Umsetzung mitzuwirken.

Mit Hilfe von Indikatoren, die die Riedstädter zusammen mit der Technischen Universität Darmstadt erarbeiteten, werden die Fortschritte der nachhaltigen Gemeindeentwicklung regelmäßig überprüft. Seit April 2001 gibt es in der Kommunalpolitik einen Perspektivenausschuss. Dieser arbeitet unabhängig vom Tagesgeschäft der Gemeindevertretung und befasst sich mit den langfristigen Planungen der Gemeinde.

3.3 Weissach im Tal

Die schwäbische Gemeinde Weissach im Tal gewann in der Teilnehmerklasse von 5.001 bis 15.000 Einwohner. Es ist die einzige Gemeinde, die zum zweiten Mal den Titel „Zukunftsfähige Kommune“ trägt, denn sie wurde bereits 2002 ausgezeichnet.

Umrahmt von den Höhen des Schwäbischen Waldes befindet sich Weissach im Tal ca. 30 Kilometer östlich von Stuttgart entfernt. Die Gemeinde liegt reizvoll in einer von Streuobstwiesen geprägten Landschaft. Knapp 7.200 Menschen leben dort. Eine gute Infrastruktur, gute Einkaufsmöglichkeiten sowie ein hoher Wohn- und Freizeitwert zeichnen den Ort aus.

Weissach im Tal zeigte bei den Indikatoren die größten Stärken in den Bereichen „Soziale Gerechtigkeit“, „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“ sowie „Wirtschaftliche Effizienz“. Die Gemeinde bietet Perspektiven für ihre Bürger. Die Wirtschaftsstruktur ist sehr ausgeglichen. Knapp 1,4 Prozent der Einwohner lebten 2002 von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Sozialhilfequote im Jahr 2002 lag bundesweit bei 3,3 Prozent. Im Jahr 2002 waren nur 1,2 Prozent der Jugendlichen arbeitslos - bundesweit lag die Jugendarbeitslosenrate bei 9,5 Prozent. Zudem wirtschaftet die Gemeinde sparsam mit der Ressource „Fläche“. Im Erhebungszeitraum von 1998 bis 2002 wurde kein neues Bauland ausgewiesen. Das ist beachtlich in einer Gemeinde im Stuttgarter Ballungsgebiet.

Auch beim zweiten Teil des Wettbewerbs, der Qualitätseinschätzung, kann Weissach im Tal einige Erfolge vorweisen: Von 1998 bis 1999 ha-

„Ich freue mich ganz besonders über diese Auszeichnung, welche die Gemeinde zum zweiten Mal erhält. Sie ist zeitgleich Bestätigung für die von Bevölkerung, Gemeinderat und Gemeindeverwaltung geleistete Arbeit und Ansporn, diesen Weg konsequent fortzusetzen.“

Bürgermeister Rainer Deuschle

Gemeinde Weissach im Tal

ben Bürger, Interessengruppen, Politik und Verwaltung einen Maßnahmenkatalog mit 110 Vorschlägen erarbeitet. Dieser nun wird Schritt für Schritt umgesetzt. Mehr als 50 Prozent der Vorschläge sind bereits realisiert.

Noch heute wird der Weissacher Agenda 21-Prozess durch stabile Arbeitsstrukturen aufrecht erhalten. Die drei Arbeitskreise und das Agenda-Forum treffen sich regelmäßig. Trotz Wechsel bei den ehrenamtlichen Mitstreitern sind viele Weissacher immer noch aktiv. Derzeit erarbeiten sie ein Leitbild für ihre Gemeinde. Auch ein Nachhaltigkeitsbericht soll bald erstellt werden. In der Gemeinde ist das gemeinsame Angehen von Problemen und das vorausschauende nachhaltige Handeln zum Alltag geworden.

Blick auf die Gemeinde Weissach im Tal.



Foto: Gemeinde Weissach im Tal

3.4 Mönkebude

Unter den kleinen Gemeinden bis 5.000 Einwohner siegte Mönkebude aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Es ist die kleinste aller Gemeinden, die an unserem Wettbewerb teilgenommen haben. 832 Menschen leben dort. Die Gemeinde liegt direkt am Stettiner Haff in der Ueckermünder Heide nahe der polnischen Grenze. Mönkebude wandelte sich in den letzten Jahrzehnten von einem kleinen Fischer- und Schifferdorf zu einem Bade- und Erholungsort mit Yachthafen.

Bei den Indikatoren waren Stärken in den Bereichen „Soziale Gerechtigkeit“ und „Wirtschaftliche Effizienz“ für den Sieg entscheidend. Auch weisen Indikatoren auf die hohe Lebensqualität vor Ort hin.

Mönkebude ist eine kleine, attraktive Gemeinde, wo man sich wohlfühlen kann. 58 Zuzügen standen im Jahr 2002 nur 28 Wegzüge entgegen. Zahlreiche Vereine sorgen für ein lebendiges Gemeinwesen. Viele Veranstaltungen finden dort statt. Auch für Jugendliche gibt es geeignete Angebote wie beispielsweise ein Jugendhaus. Die Gemeinde bietet aufgrund ihrer Lage an der Ostsee und ihrer Ausrichtung als Urlaubsort wirtschaftliche Perspektiven für die Menschen vor Ort und in ihrer Umgebung. In Mönkebude finden Menschen aus der Umgebung Arbeit. Dort sind nur sechs Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Des Weiteren sind nur wenige Flächen versiegelt. Nur 4 Prozent der Gemarkungsfläche von Mönkebude gehören zur Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Hervorzuheben ist die Qualität des lokalen Agenda 21-Prozesses. Seit dessen Beginn im Oktober 2001 wurde viel erreicht. Bürger, Interessengruppen und Verwaltung haben verschiedene Maß-

„Ich möchte allen Akteuren, die die Gemeinde auf dem Weg der lokalen Agenda 21 begleitet haben und in Zukunft begleiten werden, herzlich danken. Ich bin mir sicher, dass die Gemeinde den Titel *Zukunftsfähige Kommune* mit Stolz tragen wird und das Fortschreiten der Agenda die Zukunft unserer wunderschönen Gemeinde am Stettiner Haff positiv beeinflussen wird“.

Bürgermeister Detlef Schultz

Gemeinde Mönkebude

nahmen und ein Leitbild der Ortsentwicklung erarbeitet. Das Leitbild stellt den Handlungsrahmen für alle zukünftigen Aktivitäten der Gemeinde dar und bildet die Richtschnur der künftigen Gemeinderatsbeschlüsse. Um eine entsprechende Umsetzung zu gewährleisten, werden ab diesem Jahr Beschlussvorlagen auf Nachhaltigkeit geprüft und die Fortschritte Mönkebudes in Richtung Nachhaltigkeit anhand von Indikatoren dokumentiert. Das Beispiel von Mönkebude zeigt, wie kleine Gemeinden einen lokalen Agenda 21-Prozess erfolgreich verwirklichen können.

Bürgermeister Detlev Schultz (2.v.r.) freut sich mit dem Juryvorsitzenden Dr. Karl-Christian Zahn (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Dr. Fritz Brickwedde (Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt) und Prof. Dr. Harald Kächele (Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe) über den Sieg von Mönkebude.



Foto:DUH

Die Indikatoren des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

4

4.1 Entwicklung des Indikatoren-Sets im Laufe der drei Wettbewerbsjahre

Beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ haben Städte und Gemeinden mit Hilfe von Indikatoren ihren Ist-Zustand vor Ort ermittelt. Die Indikatoren deckten die Bereiche Wohlbefinden, Wirtschaft, Soziales und Umwelt ab. Nicht nur der Trinkwasserverbrauch und das Abfallaufkommen, sondern auch die Flächeneffizienz der Wirtschaft und die kommunalen Ausgaben im sozialen Bereich wurden gemessen und mit den Daten aus anderen Städten und Gemeinden verglichen.

Was sind Indikatoren?

Indikatoren zeigen Zustände an. Sie beschreiben einen Ausschnitt der Wirklichkeit, erklären diesen jedoch nicht. Zum Beispiel sagt eine hohe Kraftfahrzeugdichte nichts darüber aus, warum es viele Autos in einer Kommune gibt oder welche Instrumente helfen könnten, die Zahl zu verringern. Indikatoren dienen lediglich dazu, einen Sachverhalt festzustellen. Nachhaltigkeitsindikatoren sind geeignete Messgrößen für eine zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Gemeinden, da sie die für die kommunale Entwicklung bedeutsamen Handlungsfelder abbilden. Mit Hilfe von Indikatoren können die Kommunen Erfolge belegen und Handlungsbedarf aufzeigen.

Das Indikatoren-Set des Wettbewerbsjahres 2003/2004 ist das Ergebnis eines intensiven fünfjährigen Diskussionsprozesses zwischen der Projektgruppe sowie den Städten und Gemeinden. Grundlage für diesen Diskussionsprozess bildete das Indikatoren-Set aus der Pilotphase 1999 bis 2000 zur Vorbereitung des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“. Damals wurde aus einem großen Bestand an Indikatoren in enger Abstimmung mit der Projektgruppe, einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe und 20 Modellkommunen eine Auswahl von 52 Indikatoren getrof-

fen. Diese Indikatoren wurden im Rahmen des ersten Wettbewerbsjahres 2001/2002 abgefragt.

Basierend auf den Rückmeldungen der teilnehmenden Städte und Gemeinden im ersten Wettbewerbsjahr wurde das Indikatoren-Set für das zweite Wettbewerbsjahr überarbeitet. Es bestand je nach Einwohnerzahl aus 22 bzw. 41 Indikatoren. Die Erfahrungen des Wettbewerbsjahres 2002/2003 zeigten, dass sich dieses Indikatoren-Set bewährt hatte.

Für das dritte Wettbewerbsjahr 2003/2004 ergaben sich einige Änderungen, die in einer bundesweiten Diskussion zwischen Vertretern verschiedener Indikatoren-Ansätze begründet waren. Einige Indikatoren wurden geringfügig geändert, manche wurden aus dem Anforderungskatalog für den Wettbewerb herausgenommen. Im dritten Wettbewerbsjahr 2003/2004 erhoben Städte und Gemeinden unter 15.000 Einwohnern insgesamt 20 Indikatoren und Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohnern 37 Indikatoren.

4.2 Die Empfehlung von 20 Indikatoren zur Messbarkeit kommunaler Nachhaltigkeit

Im Frühsommer des Jahres 2003 verständigte sich die Projektgruppe „Zukunftsfähige Kommune“ mit Vertretern anderer Indikatoren-Ansätze auf 20 Indikatoren. Im Fragebogen des dritten Wettbewerbsjahres wurden diese abgefragt und so auf ihre Praxistauglichkeit getestet.

Die Ergebnisse zeigen, dass 70 und mehr Prozent der Städte und Gemeinden 18 dieser 20 Indikatoren erhoben. Wir werten es als großen Erfolg, dass für die Mehrheit der Städte und Gemeinden die Daten verfügbar waren. Das Indikatoren-Set hat unseres Erachtens seinen Praxistest hinsichtlich der Anwendung bestanden.

Zu zwei Indikatoren haben nur wenige Städte und Gemeinden Daten erhoben: Den Indikator „Kommunales Eine Welt Engagement“ ermittelten nur 44 Prozent der Kommunen. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass häufig Städte und Gemeinden die entsprechenden Zahlen nicht parat haben. Denn der kommunale Haushaltsgliederungsplan sieht keine eigene Kostenstelle für dieses Thema vor. Ausgaben für ein solches Engagement sind unter verschiedenen Haushaltsposten zu finden. Auch stellen nicht alle Städte und Gemeinden finanzielle Mittel dafür bereit. Den Indikator „Ökologische Landwirtschaft“ ermittelten nur 65 Prozent der teilnehmenden Kommunen. Häufig sind die Daten auf der lokalen Ebene nicht vorhanden, sondern müssen in eigenen Umfragen erhoben werden.

Die folgende Tabelle zeigt die 20 gemeinsam empfohlenen Indikatoren. Da die gemeinsamen Indikatoren teilweise andere Titel tragen als in unserem Fragebogen, führen wir beide Titel und den entsprechenden Indikator auf. Angegeben wird

der Anteil der Städte und Gemeinden, die den Indikator erhoben haben. Wobei „nicht erhoben“ auch bedeuten kann, dass es zum Beispiel keine Windräder auf der Gemarkung gibt.

Die kursiv gedruckten Indikatoren wurden nicht von Kommunen unter 15.000 Einwohnern erhoben.

Prozentualer Anteil der Kommunen, die den jeweiligen Indikator erhoben haben			
Handlungsfelder des gemeinsam empfohlenen Sets	Titel der Indikatoren „Zukunftsfähige Kommune“	Definition	Anteil in %
Abfall	Abfall	<i>Restmüll und Sperrmüll pro Einwohner</i>	95 %
Boden	Flächenverbrauch	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	100%
Wasser	Trinkwasserverbrauch	<i>Wasserverbrauch pro Einwohner</i>	95%
Niedriger Energieeinsatz	Niedriger Energieeinsatz	<i>Privater Stromverbrauch pro Einwohner</i>	76%
		<i>Kommunaler Energieverbrauch pro Einwohner</i>	86%
Erneuerbare Energie	Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung	Photovoltaikanlagen pro Einwohner	84%
		Installierte Leistung der Windkraftanlagen pro Einwohner	24%
		Installierte Leistung der Wasserkraftanlagen pro Einwohner	35%
		Installierte Biomasseanlagen	52%
		Installierte solarthermische Anlagen	62%
Ökosysteme und Artenvielfalt	Geschützte Natur	Anteil der NATURA 2000 und Naturschutzgebiete an der Gemeindefläche	78%
Mobilität	Pkw-Dichte	<i>Zahl der PKW pro Einwohner</i>	100%
Arbeit	Arbeitslosigkeit	Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	100%
Ausbildung	Ausbildungschancen	Zahl der Auszubildenden bezüglich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	70%
Wirtschaftsstruktur	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen bezogen auf die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	100%
Öffentliche Haushalte	Kommunale Schulden	Schulden der Kommune und der Eigenbetriebe pro Einwohner	95%
Betrieblicher Umweltschutz	Öko-zertifizierte Unternehmen	Anteil der öko-zertifizierten Unternehmen an den Unternehmen	70%
Ökologische Landwirtschaft	Ökologische Landwirtschaft	Ökologisch bewirtschaftete Fläche pro landwirtschaftlich genutzte Fläche	65%

Prozentualer Anteil der Kommunen, die den jeweiligen Indikator erhoben haben			
Handlungsfelder des gemeinsam empfohlenen Sets	Titel der Indikatoren „Zukunftsfähige Kommune“	Indikator	Anteil in %
Einkommen und Vermögen	Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	Zahl der Sozialhilfeempfänger pro Einwohner	94%
Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	Bevölkerungsentwicklung	Wanderungssaldo	98%
Geschlechtergerechtigkeit	Geschlechtergerechtigkeit	<i>Geschlechterverhältnis in Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung</i>	100%
		Geschlechterverhältnis in der Kommunalpolitik	100%
Internationale Gerechtigkeit	Kommunales Eine-Welt-Engagement	Kommunale Ausgaben für das Eine-Welt-Engagement pro Einwohner	44%
Sicherheit	Kriminalitätsrate	<i>Zahl der Straftaten pro Einwohner</i>	95%
Familienfreundliche Strukturen	Betreuung von Kindern	Zahl der Krippenplätze pro Kinder	63%
		Zahl der Kindergartenplätze pro Kinder	95%
		Zahl der Hortplätze pro Kinder	76%
Integration	Bildungschancen für Migranten	<i>Verhältnis zwischen dem Anteil der deutschen Hauptschulabgänger ohne Abschluss und dem Anteil der ausländischen Hauptschulabgänger ohne Abschluss</i>	86%

4.3 Erfahrungswerte beim Einsatz von Indikatoren und Ausblick auf die weitere Arbeit mit Indikatoren

Die Erfahrungen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ zeigen: Indikatoren sind in vielerlei Hinsicht sehr wichtige Hilfsmittel bei der Gestaltung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung.

Durch die Erhebung und Aufbereitung konkreter Zahlen können die Kommunalparlamente die Tragweite ihrer Entscheidungen besser abschätzen. In vielen Fällen liegen Kommunalvertretern zusammenhangslos Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdaten vor. Oft sind diese Daten unvollständig und nicht nachvollziehbar aufbereitet. Die Nachhaltigkeitsindikatoren schärfen den Blick für die Zusammenhänge der Kommunalentwicklung und bringen die Dimension der Nachhaltigkeit früh in die Entscheidungsfindung ein. Die Indikatoren des Wettbewerbs gaben dabei auch wichtige Anstöße, Themen in der Kommunalpolitik zu diskutieren, die bisher vernachlässigt wurden.

Der Diskussionsprozess über die Messbarkeit nachhaltiger Entwicklung vor Ort, angestoßen durch eine Teilnahme am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“, war ein wichtiger Bewusstseinsbildungsprozess in den Städten und Gemeinden. Die Fragen „Warum dieser Indikator?“ und „Was hat dieser Indikator mit nachhaltiger Entwicklung zu tun?“ bewirken eine Konkretisierung der Diskussion, wie nachhaltige Entwicklung vor Ort aussehen kann. Denn bei Diskussionen über die Frage, was mit Hilfe von Indikatoren gemessen werden soll, wird auch darüber geredet, in welche Richtung eine nachhaltige Kommunalentwicklung verlaufen soll. Ein Beispiel: Mit Hilfe des Indikators „Energieverbrauch in kommunalen Liegenschaften“ soll gemessen werden, wie viel Strom und Wärme pro Jahr die Kommune benötigt. Der Indikator ist nur dann für die Kommunalentwicklung wichtig, wenn die Kommune als Ziel vereinbart hat, ihren Energieverbrauch zu senken. In diesem Fall dient er als Kontrolle, ob dieses Ziel erreicht wurde.

¹ Vgl. Diefenbacher, H., Frank, A., Leipner, I., Teichert, V. & S. Wilhelmy (2004), S. 74

Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ leistete auch einen Beitrag zur Wissenserweiterung und zum Verständnis von Indikatoren in der Kommunalverwaltung. Häufig haben sich die zuständigen Sachbearbeiter zum ersten Mal mit diesem komplexen Thema befasst. Die zahlreichen Definitionen und Erläuterungen zu den Indikatoren gaben wichtige Hilfestellungen bei der Datenerhebung. Im Laufe der drei Jahre entwickelten wir einen Fragebogen, in dem viele Unwägbarkeiten bedacht sind und mit dem vor Ort gut gearbeitet werden kann.

In den letzten Jahren arbeiteten mehr als 250 Städte und Gemeinden¹ mit Indikatoren, davon 175 mit dem Indikatorenansatz der Zukunftsfähigen Kommune. Heute liegen viele Erfahrungen bezüglich der Datenerhebung und -verfügbarkeit sowie der Aussagekraft von Indikatoren auf der kommunalen, regionalen, landes- und bundesweiten Ebene vor. Unser Projekt leistete dazu einen wichtigen, oft nachgefragten Beitrag.

In den letzten Jahren haben sich Indikatoren als anwendungsreife Instrumente einer zukunftsfähigen Kommunalentwicklung erwiesen. Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ hat einen wichtigen Beitrag geleistet, auf eine sportliche und medienwirksame Weise das Thema „Indikatoren“ auf kommunaler Ebene voranzubringen. Dennoch besteht nach unseren Erfahrungen weiterhin Bedarf, Städte und Gemeinden bei der Datenerhebung zu unterstützen und zu begleiten. Dies bestätigen die zahlreichen Telefonate und Gespräche bei den Workshops.

Inzwischen dreht sich die Diskussion vermehrt um die Frage, wie Indikatoren in der kommunalen Praxis angewandt werden. Denn es ist ja nicht nur wichtig, den Wert eines Indikators zu kennen, sondern die Ursachen für einen schlechten Wert zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Zudem ist es wichtig, Indikatoren bei bestehenden Planungen zu verwenden - in Bebauungsplänen ebenso wie bei der Einführung eines neuen kommunalen Steuerungsmodells. Anknüpfungspunkte dabei wären die Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien in Produktbücher und von Indikatoren in die Finanz-Leistungs-Controlling.

Um eine kontinuierliche Arbeit mit Indikatoren zu ermöglichen, ist es innerhalb der Kommunalverwaltung wichtig, geeignete Strukturen dafür aufzubauen. Folgende Punkte gilt es zu klären, um den erfolgreichen Einsatz von Indikatoren zu gewährleisten:

Soll beispielsweise das Amt für Statistik und nicht das Agenda-Büro die Daten künftig erheben?

Werden die Nachhaltigkeits-Indikatoren im jährlichen statistischen Bericht veröffentlicht?

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung der Methodenkompetenz bei den zuständigen Ansprechpartnern hinsichtlich der Interpretation und Bewertung der Indikatorenergebnisse.

Der Blick auf die europäische und auf die nationale Ebene zeigt, dass die Anwendung von Indikatoren zunehmend erforderlich ist. Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es bereits Anforderungen für ein entsprechendes Monitoring. So ist die Angabe von Daten zu ausgewählten Indikatoren Fördervoraussetzung für das städtebaulich bedeutende Programm URBAN II. Auch auf Bundesebene wurden Datenkataloge eingeführt, etwa im Rahmen der Bundesprogramme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau-Ost“ und „Stadtumbau West“.

4.4 Ursachen für die guten Indikatorenwerte in Städten und Gemeinden

Wie eingangs erläutert, liefern Indikatoren Informationen über einen Zustand. Beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ sind für die Auswertung in erster Linie die mit Hilfe der Indikatoren ermittelten Daten interessant. Wenn die Ranking-Listen erstellt sind, ergibt sich die Frage, warum eine Stadt bzw. Gemeinde einen guten Wert bei einem bestimmten Indikator erzielt hat. Denn dieser Wert könnte ja ein Resultat verschiedener Anstrengungen und Bemühungen sein, die eine Stadt bzw. Gemeinde in den letzten Jahren in einem Themenfeld unternommen hat. Oder es könnten politische Entscheidungen dahinter stecken, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben. Im Folgenden wollen wir anhand ausgewählter Indikatoren exemplarisch aufzeigen, aus welchen Gründen Städte und Gemeinden sehr gut abgeschnitten haben.

Indikator „Fahrradwege“

Beim Indikator „Fahrradwege“ hat die **Stadt Bamberg** (Bayern, 70.000 Einwohner) in der Teilnehmerklasse zwischen 15.001 und 100.000 Einwohnern sehr gut abgeschnitten. Bei idealen räumlichen Voraussetzungen hat die Stadt durch eine aktive Radverkehrsförderung den Radverkehrsanteil von 20 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen erreicht und gehört damit zur Spitzengruppe im bundesweiten Vergleich. Im Jahr 1994 wurde ein erster Netzentwurf von City-Routen, Stadtteilverbindungen und Freizeitrouten zwischen Schulen, Freizeitanlagen, Arbeitsstätten und Wohngebieten für die Radfahrer im Stadtgebiet entwickelt. In den letzten zehn Jahren wurden Maßnahmenprogramme erarbeitet, wobei die Priorität bei Umsetzung und Finanzmitteleinsatz

beim Ausbau und Unterhalt der 10 Cityrouten sowie bei der Sicherung von Schulwegen lag. Vorhandene Netzlücken wurden dahingehend überprüft, mit welchen Maßnahmen - es muss nicht immer der Neubau eines Radweges sein - die Radverkehrsinfrastruktur geschlossen werden kann (z.B. durch flächendeckende Tempo 30-Zonen und verkehrsberuhigte Bereiche). Die Stadt wies Fahrradstraßen aus und öffnete Einbahnstraßen für Radfahrer in Gegenrichtung.

Die Stadt Bamberg liegt im Mittelpunkt eines ausgedehnten Radwegenetzes, viele Fern- und regionale Radwanderwege durchlaufen das Stadtgebiet. Im Frühjahr 2004 wurde der erste Fahrradstadtplan herausgegeben, der sowohl die Bam-

berger selbst als auch die zahlreichen Radtouristen dazu einlädt, das Bamberger Umland sowie die Landschaften und Kulturgüter Oberfrankens mit dem Fahrrad zu entdecken.

Indikator „ Erschließung mit Bus und Bahn“

In Dörfern und Kleinstädten ist ein gutes Angebot von Bus und Bahn nicht selbstverständlich. Häufig sind die Entfernung zwischen den Haltestellen zu groß und die Bus- und Bahnakte zu unregelmäßig, was das Bus- und Bahnfahren unattraktiv macht. Im Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ wurden einige Ausnahmen ermittelt, bei denen verschiedene Faktoren für ein gutes Angebot von Bus und Bahn sorgten.

Die südhessische **Gemeinde Gornheimetal** (4.300 Einwohner) hat in der Teilnehmerklasse unter 5.000 Einwohner einen sehr guten Wert bei diesem Indikator erzielt. Fast 100 Prozent der Einwohner wohnen in einem Umkreis von 500 Metern zu einer Bus- oder Bahnhaltestelle, die regelmäßig angefahren wird: Montags bis freitags von 7:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 bis 19:30 Uhr mindestens stündlich sowie montags bis freitags von 20:00 bis 23:00 Uhr und am Wochenende von 9:00 bis 22:00 mindestens zweistündlich.

Grund für dieses gute Ergebnis ist zum einen die herausragende geographische Lage und zum anderen eine geschickte Gemeindeentwicklung. Gornheimetal befindet sich zwischen der Bergstraße und dem nahe gelegenen Odenwald als Naherholungsgebiet. Die Oberzentren Heidelberg, Mannheim und Darmstadt liegen weniger als 50 Kilometer entfernt. Zu einer überdurchschnittlich guten Versorgung der Gornheimtaler haben die direkte Anbindung an Weinheim und länderübergreifende Vereinbarungen mit dem Unternehmen „Busverkehr Rhein-Neckar“ geführt. Die Gemeinde Gornheimetal ist ein Straßendorf mit einer Länge von sechs Kilometern. Die Haltestellen sind meist dort, wo Seitentäler mit großen Wohngebieten an der Hauptstraße enden. Diese Wohngebiete sind nicht mehr als 500 Meter weit entfernt von der Hauptstraße. Die Haltestellen sind in kurzen Abständen an der Hauptstraße gereiht, so dass fast alle Einwohner nur eine kurze Distanz zur Haltestelle haben.

Die baden-württembergische **Kleinstadt Markgröningen** (14.600 Einwohner) erzielte einen sehr guten Wert bei diesem Indikator in der Teilneh-

Viele Einwohner der Stadt Bamberg nutzen das gut ausgebaute Radwegenetz.



Foto: Stadt Bamberg

merklasse zwischen 5.001 und 15.000 Einwohner. Nahezu 99 Prozent der Markgröninger leben in der Nähe einer Haltestelle, die regelmäßig angefahren wird. Das gute Ergebnis hinsichtlich des dichten Netzes von Bushaltestellen und deren Bedienung hat „natürliche“ und historische Ursachen. Die sechs großen Einfallstraßen in die Stadt stellen Verkehrsadern dar, die jedes städtische Teilgebiet gut erschließen - mit Individualverkehr ebenso wie mit den Bushaltestellen. Bei allen städtebaulichen Entwicklungen in den letzten Jahren wurde darauf geachtet, dass ein Richtwert von 300 Metern Radius bis zu einer Bushaltestelle eingehalten wird. Darauf wurde auch in den Beratungen mit Landratsamt und Busunternehmen kontinuierlich viel Wert gelegt. Dennoch besteht nach Einschätzung der lokalen Agenda 21-Beauftragten noch Handlungsbedarf, weil es keine schnelle Direktverbindung nach Ludwigsburg oder Stuttgart gibt. Das Umsteigen in die S-Bahn in Asperg und Busfahrten mit vielen Halts unterwegs sorgen für Unzufriedenheit und machen die eigentlich geringen Entfernungen gerade für ältere Bewohner wieder „unzumutbar“. Gegenwärtig wird über die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Ludwigsburg diskutiert, weil der Individualverkehr in der Region kaum noch zu managen ist. Ob und wann der erste Zug wieder fahren wird, ist aber noch offen. Denn wichtige Punkte wie die Finanzierung sind noch mit den Nachbargemeinden zu klären.

Indikator „Kommunales Engagement für Kinder und Jugendliche“

Im Vergleich zu den anderen Großstädten gab die **Stadt Freiburg** (Baden-Württemberg, 210.000 Einwohner) im Jahr 2003 sehr viel Geld für Jugendarbeit aus. Der Betrag lag bei € 322 pro Jugendlichen. In Freiburg ist die Kinder- und Jugendarbeit durch einen dezentralen Ansatz geprägt. Sie wird vor allem von freien Trägern geleistet. Die einzelnen Stadtteile haben entsprechend der gegebenen Rahmenbedingungen ihre eigenen Jugendkonzepte und -projekte. Freiburg verfügt mit den Einrichtungen für offene und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit (derzeit 29 Anbieter, davon 2 noch im Bau), mit dem vielfältigen Angebot der Jugendorganisationen, mit der Jugendkulturarbeit und den Jugendinitiativen über eine bemerkenswert dichte Infrastruktur für die Kinder- und Jugendfreizeitaktivitäten. Im Allgemeinen wird großer Wert darauf gelegt, dass Kinder und Jugendliche mitbestimmen können und sich ehrenamtlich beteiligen. So gibt es in Freiburg seit 1998 einen Jugendrat mit 22 gewählten Mitgliedern im Alter von 14 bis 20 Jahren, dessen bestehende Organisationsform aktuell weiterentwickelt wird.

Gleichzeitig wird auf verschiedenen Wegen jungen Menschen in den Stadtteilen Gelegenheit gegeben, sich in den Initiativen zum Auf- und Ausbau der Jugendtreffs und am Geschehen der Stadt zu beteiligen. Beispielsweise durch Stadtteilerforschungs-Projekte, bei der es um die Beurteilung des Stadtteils durch die Kinder und Jugendlichen vor Ort geht.

Indikator „Kommunales Eine-Welt-Engagement“

In ihrer Teilnehmerklasse zwischen 15.001 und 100.000 Einwohnern erzielte die **Stadt Wolfenbüttel** (Niedersachsen, 54.000 Einwohner) die höchste Quote für tatsächliche laufende kommunale Ausgaben für das Eine-Welt-Engagement. Besonders zum Tragen kamen hier die Ausgaben für Städtepartnerschaften in osteuropäischen Ländern, die für diesen Indikator zu berücksichtigen waren. In diesem Bereich pflegt die Stadt Wolfenbüttel seit längerem sehr intensive und freundschaftliche Kontakte zu den Partnerstädten Satu Mare in Rumänien und Kamienna Gora in Polen. Wie jedes Jahr in den Sommerferien, fand auch 2002 in Wolfenbüttel ein vierzehntägiges Jugendcamp statt, an dem unter anderem Jugendliche aus Satu Mare und Kamienna Gora teilnahmen. Des Weiteren wurde ein Hilfstransport zu sozial schwachen Familien in Satu Mare durchgeführt. Zudem fanden im Jahr 2002 mehrere Begegnungen wie eine mehrtägige Besuchsfahrt mit der polnischen Partnerstadt Kamienna Gora statt. Die langjährigen Kontakte zwischen den Partnerstädten haben zu einem besseren Verständnis zwischen den jeweiligen Einwohnern beigetragen.

Die thüringische Stadt Zeulenroda (14.100 Einwohner, Kreis Greiz) gründete im Jahr 2000 eine Integrationsstelle für ausländische Mitbürger, Asylanten und Migranten. Die Arbeit dieser Integrationsstelle, die dortige Vermittlung von Kursen, Seminaren, Gesprächsrunden hat erheblich dazu beigetragen, das Isolationsverhalten auf ausländischer und deutscher Seite zu durchbrechen und wichtige Akzente für die Integration und praktische Lebenshilfe zu schaffen. Im Jahr 2002 führten die Fachleute in der Integrationsstelle 672 Einzel- und 249 Gruppenberatungen durch, an der 1.846 Personen teilnahmen. Die Stadt übernahm dafür die erforderlichen Sach- und Betriebskosten.

Daneben setzt sich die **Stadt Zeulenroda** seit vielen Jahren für die Tschernobyl-Hilfe ein. So

unterstützt sie aktiv den jährlichen Erholungsaufenthalt von strahlengeschädigten Schulkindern aus dem Oblast Gomel in der Region. Im Vordergrund stehen dabei erholsame und entspannende Stunden und Tage in der Stadt, die für die



Foto: Stadt Zeulenroda

Schulkinder aus Tschernobyl genießen ihren Aufenthalt in Zeulenroda.

Kinder eine große Hilfe bei der Unterbrechung der Strahlenbelastung in ihrer Heimat bedeuten. Die dabei anfallenden Kosten werden von der Stadt Zeulenroda finanziert. Dieses Eine-Welt-Engagement brachte der Stadt Zeulenroda ein sehr gutes Ergebnis in ihrer Teilnehmerklasse zwischen 5.001 bis 15.000 Einwohner ein.

Indikator „Sparsamer Umgang mit Fläche“

Bauflächenzunahme

Die **Gemeinde Weissach im Tal** (Baden-Württemberg, 7.200 Einwohner) erzielte ein sehr gutes Ergebnis bei diesem Indikator. Im Zeitraum vom 1. Januar 1998 bis zum 31. Dezember 2002 wies sie kein neues Bauland aus. Für eine kleine Gemeinde am Rande des Ballungsraums von Stuttgart ist das beachtlich. Vor allem, weil sich die Gemeinde seit 1983 einer freiwilligen Selbstbeschränkung unterworfen hat. Seit diesem Zeitpunkt richtet sich die Ausweisung von Baugebieten für Wohn- oder Gewerbegebiete nach bestimmten Kriterien:

- Es muss ein örtlicher Bedarf (Anfragen/Warteliste bei der Gemeindeverwaltung) für die Ausweisung eines neuen Baugebiets bestehen.
- Die Gemeinde kauft grundsätzlich alle Flächen, die für das neue Baugebiet vorgesehen sind, und veräußert diese erschlossen an die Interessenten. Dadurch hat die Gemeinde die absolute Planungshoheit und kann Sachverhalte, die rechtlich im Bebauungsplan nicht festgelegt werden können, in den Kaufverträgen festschreiben.

- Bauplätze werden nur an Einheimische aufgrund bestimmter Richtlinien verkauft.

Durch dieses Verfahren kann sich die Ausweisung eines Baugebietes wie Wohn- oder Gewerbegebiet ausschließlich am örtlichen Bedarf orientieren. Die Weissacher wenden dieses Verfahren seit 20 Jahren an, was zu einer maßvollen Flächeninanspruchnahme in ihrem Tal führte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass in der Vergangenheit bzw. Zukunft keine Baugebiete erschlossen wurden/werden. Ausschlaggebend sind die strengen Maßstäbe, die hierfür angelegt werden.

Wiedernutzung von Brachflächen

Ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung ist die Wiedernutzung von Flächen, bevor neue Flächen bebaut werden. Deshalb befasst sich der Indikator „Sparsamer Umgang mit Flächen“ auch mit der Wiedernutzung von städtischen Brachflächen. In der Teilnehmerklasse zwischen 15.000 bis 100.000 Einwohnern erzielte die **Stadt Traunstein** (Bayern, 18.100 Einwohner) dabei einen sehr guten Wert bei der Wiedernutzung von Brachflächen. Im Jahr 2002 nutzte sie ausschließlich städtische Brachflächen. Dabei handelte es sich um ein ehemaliges Militärgelände mit einer Größe von 8,6 Hektar in der Nähe des Zentrums von Traunstein. Jetzt befindet sich dort der Solargewerbepark. Das ehemalige Kasernengelände wird zusammenhängend für Gewerbebetriebe genutzt. Das Interesse an dem günstig gelegenen Gewerbepark ist groß: 65 Prozent der Parzellen sind verkauft, die restlichen Flächen sind reserviert.

Wie der Name „Solargewerbepark“ schon zeigt, ging die Stadt Traunstein bei der Planung des Gewerbegebiets noch einen Schritt weiter. Dort gibt es für alle Firmen die Auflage, entweder eine eigene Solarstromanlage zu bauen oder das Dach einem Betreiber zur Verfügung zu stellen. Die Bauherren sind nach dem kommunalen Beschluss zur Liegenschaftsvergabe verpflichtet, das Ziel des Solargewerbeparks aktiv zu unterstützen. Eine verankerte Vertragsstrafe von € 300 pro Quadratmeter möglicher Sonnenutzungsfläche ist an die Stadt Traunstein zu zahlen, wenn keine Anlage realisiert wird. Dieser Betrag wird dann für ein Solarprojekt verwendet. Da sich die Anlagen wirtschaftlich durch die Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) rechnen, betreiben die meisten Firmen ihre Anlagen selber.



Der Solargewerbepark ist ein gutes Beispiel für eine nachhaltige Stadtentwicklung: Im ehemaligen Kasernengelände arbeiten Menschen, auf den Dächern wird Solarstrom erzeugt.

Indikator „Abfall“

In der Teilnehmerklasse der Großstädte schnitt die **Stadt Freiburg** (Baden-Württemberg, 210.000 Einwohner) bei der Abfall-Vermeidung mit einem Spitzenwert ab. Im Jahr 2002 hat jeder Freiburger 154 Kilogramm Rest- und Sperrmüll produziert - der Bundesdurchschnitt lag bei 243 Kilogramm Rest- und Sperrmüll. Zu diesem guten Ergebnis hat die jahrelange Umsetzung einer ökologischen, zukunftsorientierten Abfallwirtschaftspolitik beigetragen.

Zentrale Elemente sind eine größtmögliche Verwertung der Abfälle, eine umweltgerechte Entsorgung des verbleibenden Restmülls und die Ausschöpfung aller Abfallvermeidungsstrategien. Über die Abfallgebühren bestehen Anreize, Müll zu vermeiden. Die Freiburger können zwischen Restmülltonnen mit einem Fassungsvermögen von 35, 60 und 140 Liter wählen. In großen Wohnanlagen bieten Müllschleusen die Voraussetzung, den Restmüll individuell zu erfassen und verursachergerecht abzurechnen. Einen besonderen Schwerpunkt legt die Stadt auf Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam mit der Ökostation Freiburg planen Mitarbeiter der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH Unterrichtseinheiten zu abfallrelevanten Themen oder organisieren Abfalltage, Projekttag und Exkursionen für Kindergärten und Schulen. Durch die Sensibilisierung der Kinder für das Thema erhofft sich die Stadt einen positiven Einfluss auf die Eltern. Um Abfall zu vermeiden, ging die Stadt mit gutem Beispiel voran: Seit Mai 1991 dürfen Wegwerfgeschirr und Einweg-Getränkeverpackungen bei

allen Veranstaltungen der Stadt oder städtischer Liegenschaften nicht mehr verwendet werden. Zudem sind Mehrweg-Getränkebecher bei kulturellen Großveranstaltungen, im Fußballstadion des Sportclubs Freiburg und beim Freiburger Eishockeyclub im Einsatz.

Indikator „Öko-zertifizierte Unternehmen“

Beim diesjährigen Vergleich hat die **Stadt Erfurt** (Thüringen, 196.000 Einwohner) gut bei diesem Indikator abgeschnitten. Seit 1999 bietet Erfurt als damals erste Stadt in den neuen Bundesländern ÖKOPROFIT® für Unternehmen an. ÖKOPROFIT® ist ein Programm zur wirtschaftlichen Stärkung von Betrieben durch vorsorgenden Umweltschutz. Drei ÖKOPROFIT® – Durchläufe wurden bereits erfolgreich abgeschlossen. Im Jahr 2004 wird der vierte beendet. Bislang beteiligten sich insgesamt 44 Betriebe daran, einige davon bereits mehrmals. Die Spanne reicht dabei vom kleinen Handwerksbetrieb mit drei bis vier Beschäftigten über Hotelleriebetriebe bis hin zu mittleren Unternehmen wie der Stadtwerke Erfurt-Gruppe mit Hunderten von Beschäftigten. Sie alle haben bei zehn thematischen Workshops und in Betriebsberatungen ökologische und ökonomische Reserven aufgedeckt, Maßnahmen zu deren Umsetzungen festgelegt und Umweltleitlinien entwickelt.

Vor Aufnahme der Betriebe in die jeweiligen ÖKOPROFIT® -Durchläufe führte die Stadt mit den Leitungen der Betriebe intensive Gespräche

über Ziel und Anliegen des ÖKOPROFIT®. Das überzeugende Argument für die Unternehmen war dabei stets, dass Umweltschutz und ökonomische Aspekte gut vereinbar sind - im letzten ÖKOPROFIT® -Durchlauf 2002/2003 wurden – 1,65 Millionen Kosten eingespart. Mehr als 290 Einzelmaßnahmen in Erfurter Betrieben sparen 4,6 Millionen Kubikmeter Erdgas und 328 000 Liter Diesel ein.

Während der jeweiligen ÖKOPROFIT®-Runde und den darin integrierten Betriebsberatungen bestand immer ein direkter Kontakt zwischen den Betrieben und dem Stadtentwicklungsamt. Ziel und Höhepunkt der jeweiligen ÖKOPROFIT® -Durchläufe sind die Auszeichnungsveranstaltungen, in denen die Betriebe mit dem Titel ÖKOPROFIT®-BETRIEB geehrt werden. Die Auszeichnung und Zertifizierung wertet das Image der beteiligten Betriebe auf.

Nach den jeweiligen Durchläufen haben sich die beteiligten Betriebe durchweg positiv zum ÖKOPROFIT® geäußert. Das Interesse zeigt sich vor allem auch daran, dass sich 14 Betriebe zu einem ERFURTER ÖKOPROFIT®-CLUB zusammengeschlossen haben und weiter nach den Kriterien des ÖKOPROFIT® arbeiten. Diese Betriebe führen drei Workshops zu selbstgewählten Themen durch, werden im Rahmen der Betriebsberatungen weiter einbezogen und nehmen selbstverständlich an den Auszeichnungsveranstaltungen teil.

Indikator „Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung“

In der Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner erzielte die **Gemeinde Offingen** (Bayern, 4.100 Einwohner) bei diesem Indikator sehr gute Werte. Die Gemeinde setzt inzwischen bei der regenerativen Energieerzeugung auf verschiedene Standbeine. Im Mittelpunkt steht die Nutzung der Wasserenergie. In Offingen mündet die Mindel in die Donau. Dort wird seit 1890 an mehr als 360 Tagen des Jahres in zwei Mindelkraftwerken mit je rd. 200 Kilowatt (kW) Strom erzeugt. Seit 1962 trägt ein Donauwasserkraftwerk mit einer installierten Leistung von 7.300 kW zur Stromerzeugung bei. Darüber hinaus betreibt einer der wenigen noch aktiven Landwirte seit 2002 eine Biogasanlage. Die installierter Leistungskapazität für die Stromerzeugung liegt bei 62 kW Strom, für die Wärmeerzeugung bei 120 kW.

Auch der Einsatz der Photovoltaikanlage gewinnt immer mehr an Bedeutung. In Offingen gibt es Photovoltaikanlagen mit einer installierten Leistung von 58 kW. Das entspricht ca. 580 Quadratmetern. Die Gemeinde selbst betreibt auf dem Dach der Schule eine Anlage, die auf Grund der exponierten Lage eine deutlich über dem deutschen Durchschnittswert von ungefähr 800 kW liegenden Energieausbeute erwirtschaftet.

Offingen setzt auf Solarenergie - ein 20 kW Photovoltaikanlage auf einem Fabrikdach.



Foto: Firma Haas Metallverarbeitung

Die Qualitätseinschätzung der lokalen Agenda 21-Prozesse

Die Lokale Agenda 21 ist das geeignete Instrument für die Entwicklung lokaler und regionaler Nachhaltigkeit. Sie ist umso erfolgreicher, je mehr es ihr gelingt, neben der Kommunalverwaltung auch die Kommunalpolitik, viele gesellschaftliche Kräfte bzw. Interessensvertreter und Bürger mit einzubeziehen. Von daher ist das Miteinander-Wirken vor Ort ein wesentlicher Bestandteil der Lokalen Agenda 21.

Die Qualitätseinschätzung des lokalen Agenda 21-Prozesses als wichtiger Bestandteil des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ spiegelt das Potenzial des Miteinander-Wirkens zwischen Politik, Verwaltung, Interessengruppen und Bürgern vor Ort wider. Sie ergänzt die objektive Beschreibung des Ist-Zustandes der Städte und Gemeinden basierend auf den Indikatoren. Anhand von 22 Kriterien haben die Städte und Gemeinden im dritten Wettbewerbsjahr die Qualität ihres Prozesses vor Ort eingeschätzt. Das Ziel der Qualitätseinschätzung war, die Menschen vor Ort, die sich für die Lokale Agenda 21 engagieren, zusammenzuführen, um über die Stärken und Schwächen des Prozesses zu diskutieren und neue Impulse für die Arbeit zu gewinnen. Es galt, eine Bilanz über das Erreichte zu ziehen.

Wie auch in den Jahren zuvor, zeigte der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“, wie unterschiedlich vor Ort lokale Agenda 21-Prozesse verlaufen. In einigen Städten und Gemeinden wird der Prozess als fortwährende Aufgabe verstanden, die nicht mit der Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 endet. In manchen Orten haben Verwaltung, Politik, Interessengruppen und Bürger Handlungsprogramme erarbeitet und mit der Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen begonnen. Die Ergebnisse der Qualitätseinschätzung zeigen, dass viel Vorbildliches und Mutmachendes in den lokalen Agenda 21-Prozessen erreicht wurde.

5.1 Öffentlichkeitsarbeit

„Tue Gutes und rede darüber“ - dies gilt auch für die erfolgreiche Umsetzung eines lokalen Agenda 21-Prozesses. In allen teilnehmenden Städten und Gemeinden ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Aspekt. Regelmäßig berichten die örtliche Medien über die Fortschritte des lokalen Agenda 21-Prozesses. **Wolfenbüttel** (Niedersachsen, 54.000 Einwohner) wählte über die bekannten Pfade hinaus einen originellen Weg, die Lokale Agenda 21 in ihrer Verwaltung bekannt zu machen.

Öffentlichkeitsarbeit für die Praxis: der Wolfenbütteler Agenda-Kalender

Schlicht wirkt der Agenda-Kalender auf den ersten Blick. Doch der Eindruck täuscht: Gut bebildert und gestaltet bietet er vielfältige Informationen für den Alltag und vermittelt das ganze Jahr über Anregungen zum Handeln. Im März, zum Beispiel, drehen sich Text und Vorschläge um Konsum, Müll und Produktion und im September heißt es „Auf die Kinder kommt es an!“ Vorgestellt sind Projekte, zum Beispiel von der Leibniz-Realschule, die einen Stadtökologiepfad als Teil der „Via Agenda - Wolfenbütteler Zukunftswege“ angelegt hat.

Familienfreundlichkeit, nachhaltige Stadtplanung und fairer Handel sind weitere Themen des Kalenders, bei dem natürlich der Klimaschutz ebenso wenig fehlt wie Hinweise auf Ernährung und auf Frieden. Anita Sieber und ihr Agenda-Büro haben den Kalender gezielt an alle Mitarbeiter der Verwaltung, auch an die der Städtischen Betriebe und des Krankenhauses, wie auch an lokale Akteure und Multiplikatoren in Niedersachsen verschickt. Eines ist sicher: Der Kalender motiviert zur Nachahmung und macht deutlich, was es heißt „Global denken, lokal handeln!“

Der Agenda-Kalender informierte das ganze Jahr über die verschiedenen Aspekte der Lokalen Agenda 21 – ein guter Weg, dieses Thema in Wolfenbüttel bekannt zu machen.

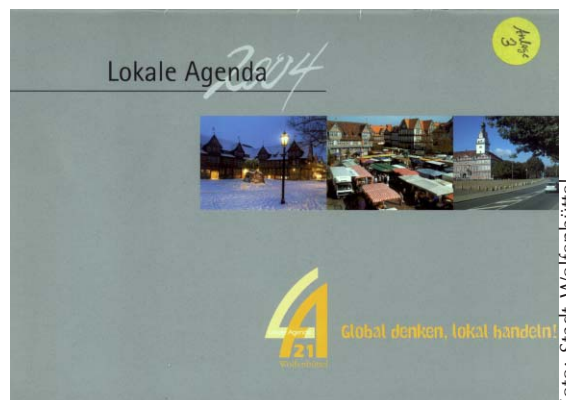


Foto: Stadt Wolfenbüttel

5.2 Leitbilder und Leitlinien für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung

32 Städte und Gemeinden, die eine Qualitätseinschätzung im dritten Wettbewerbsjahr erarbeitet haben, haben Leitbilder und Leitlinien als Richtschnur für ihre Kommunalentwicklung erarbeitet. Weitere sechs Kommunen waren gerade dabei, eine gemeinsame Zielvorstellung für ihren Ort zu vereinbaren. Für eine zielorientierte Durchführung des lokalen Agenda 21-Prozesses ist es wichtig, dass sich die daran Beteiligten an gemeinsam getroffene Zielsetzungen wie Leitbildern bzw. Leitlinien orientieren können. Die Erarbeitung des Leitbildes bzw. der Leitlinien erfolgte von Ort zu Ort unterschiedlich. Mancherorts haben Verwaltung, Politik, Interessengruppen und Bürger gemeinsam die Leitbilder bzw. Leitlinien entwickelt, in anderen Orten brachte das Kommunalparlament eine Vorlage in die Bürgerversammlung bzw. in Arbeitssitzungen des lokalen Agenda 21-Prozesses ein, die mit den Interessengruppen und Bürgern in Diskussionen weiterentwickelt wurden.

Mit Leitlinien die Stadt nachhaltig entwickeln

Das Agenda-Büro der **Hansestadt Rostock** (Mecklenburg-Vorpommern, 198.000 Einwohner) organisiert bis Ende 2004 den ersten Schritt für die Fortschreibung der „Leitlinien zur Stadtentwicklung“. Die Leitlinien waren im Sommer 2000 vom Rat beschlossen und bildeten seither die Grundlage für alle Fachkonzepte, Fachpläne und Ortsteilentwicklungskonzepte. Vor allem betreffen sie die Handlungsfelder Stadtgesellschaft, Arbeit und Wirtschaft, ökologische Stadt sowie stadträumliche Entwicklung, denen Leitbilder, wie „Chancengleichheit“, „Grüne Stadt am Meer“ oder „Florierende Universitäts- und Hafenstadt in Europa“, zugeordnet sind.

Das Agenda-Büro will derzeit den Ist-Zustand mit den Fragestellungen erfassen: Wo stehen wir mit den Leitlinien und welche Erfahrungen und Beispiele ihrer Anwendung liegen vor? „Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir alle Ämter angesprochen“, erklärt Gisela Jacobs, Leiterin des Büros. Aus den Rücksendungen wird das Büro einen Bericht verfassen, den die Verwaltung und die lokalen Agenda 21-Arbeitskreise zur Stellungnahme erhalten und der auf öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt werden soll. Sobald die Stellungnahmen eingearbeitet sind, bekommt Oberbürgermeister Arno Pöker den Bericht zur Unterschrift vorgelegt. Auf dieser Grundlage soll dann die Fortschreibung konkret vorgenommen und alle Leitlinien diskutiert werden. „Wir ver-

stehen unsere Arbeit als eine Art Controlling, das Anfang 2006 abgeschlossen sein wird.“

5.3 Aktionspläne für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung

13 Kommunen haben zusammen mit ihren Bürgern und Interessengruppen Handlungsprogramme erarbeitet. 10 Städte und Gemeinden erstellten Maßnahmenpläne und 6 Orte Projektpläne. Somit haben sich mehr als 50 Prozent der teilnehmenden Kommunen darauf verständigt, welche Konzepte und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung in einem bestimmten Zeitraum umgesetzt werden sollen. In den meisten Städten und Gemeinden wurden diese Dokumente im Laufe eines festgelegten Zeitrahmens erstellt. In einigen Städten und Gemeinden setzen nun Verwaltung, Interessengruppen und Bürger die vereinbarten Projekte, Maßnahmen und Konzepte Schritt für Schritt um. Beachtenswert ist, dass nicht nur mittelgroße Kommunen und Großstädte ein solches Programm erarbeitet haben, sondern auch Dörfer und Kleinstädte.

Die Leitlinien bilden seit 2000 die Grundlage für alle Fachkonzepte, Fachpläne und Ortsteilentwicklungskonzepte in der Stadt Rostock. Nun sollen die Leitlinien fortgeschrieben werden.



Foto: Stadt Rostock

Klein, aber mit Leitbild für die Ortsentwicklung

Nur 819 Einwohner zählt die **Gemeinde Mönkebude** im östlichen Mecklenburg-Vorpommern. Seit Jahren befindet sie sich in einem umfangreichen Umstrukturierungsprozess und kann sich durchaus mit einer Großstadt messen: Im Oktober 2001 beschloss die Gemeindevertretung in Abstimmung mit ihren Bürgern die Lokale Agenda 21 und trat der Regionalen Agenda Stettiner Haff-Region bei. Die Mönkebuder erarbeiteten ein umsetzungsorientiertes „Leitbild der Ortsentwicklung“ für die kommenden 15 Jahre und erstellten eine Liste von 34 Projekten mit Zeitplan als Handlungsrahmen für die Gemeinde. Beteiligt daran waren die Agenda-Arbeitsgruppe ebenso wie Bürger, die Ausschüsse, der Gewerbeverein, regionale Akteure und die Gemeindevertreter. Letztere beschlossen Ende Januar 2004 das Leitbild und die Projektliste. Zu den Leitzielen gehört die regionale Verknüpfung und das Besinnen auf die lebenswerten Vorteile, die die Gemeinde zu bieten hat. Folglich will sie Insidertip bleiben und setzt auf Radtouristen, auf traditionelles Gewerbe und auf kleinteilige Strukturen von Wohn- und Gewerbebauten. Verkehrsberuhigung, Naturerlebnis und „Grünvernetzung“ sind weitere Stichworte in den Leitzielen. Alljährlich will die Gemeinde ihren Fortschritt anhand von 20 Indikatoren überprüfen und darüber berichten.

Nachhaltige Entwicklung mit Programm

„Wege von der Vergangenheit in die Zukunft“ lautet das Leitbild der **Gemeinde Ascha** (1.500 Einwohner) im Bayerischen Wald. Schon seit Beginn der Neunziger Jahre arbeiteten engagierte Bürger im Rahmen der Dorferneuerung an Projekten zur Ortsentwicklung mit. Im Zukunftsforum Ascha wurden 1998 die Inhalte der lokalen Agenda 21 und der Dorferneuerung zu einem Prozess zusammengefasst. Als Plattform für alle Interessierten ist das Zukunftsforum nun Impulsgeber für die Gemeindeentwicklung in den Bereichen Wasser, Landwirtschaft, Landschaftspflege, Siedlungs- und Dorfentwicklung, Energie, Wirtschaft und „Einrichtungen für Kommune und Dorf“. Als Instrument der Gemeindepolitik erarbeitete das Forum ein Aktionsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung. So können sich alle Bürgerinnen und Bürger über geplante Maßnahmen und deren Umsetzungsstand in den einzelnen Bereichen informieren. Parallel dazu werden Sofortmaßnahmen, wie zum Beispiel die Aktion „Ein Dorf spart Energie“ oder die Sanierung des Gemeindehauses, in Angriff genommen.



Die Lokale Agenda 21 der Gemeinde Ascha enthält Visionen, Maßnahmen und Projekte sowie eine Zeitperspektive, bis wann die aufgeführten Ideen realisiert sein sollen.

Auf Maßnahmenkatalog folgte Umsetzung

In **Weissach im Tal** (Baden-Württemberg, 7.200 Einwohner) ergriff Bürgermeister Rainer Deuschle die Initiative für den lokalen Agenda-Prozess: „Die Lokale Agenda 21 habe ich zur Chefsache erklärt mit dem Ziel, die verschiedenen Gruppierungen in der Gemeinde ins Boot zu holen. Der Bürgermeister sollte dabei als Integrationsfigur betrachtet werden.“ Dies ist nach Meinung des Agenda-Beauftragten Rudolf Scharer auch gelungen: „Die lokale Agenda ‚Weissach 2000‘ ist kommunalpolitisch abgesichert, denn der Gemeinderat steht hinter ihr.“ Gefragt nach dem Hintergrund für die erfolgreiche Einbindung des Gemeinderates, urteilt er, dieser sei von Anfang an stets über den aktuellen Stand des Prozesses informiert worden: „Im Verwaltungsrat und im Umweltausschuss wurde regelmäßig über die Lokale Agenda 21 berichtet.“ Von 1998 bis 1999 erarbeiteten Bürger, Interessensgruppen, Politik und Verwaltung einen umfangreichen Maßnahmenkatalog: 110 Vorschläge hatten sie erstellt, dann kam es zur Umsetzungsphase. Zwei Jahre später waren bereits über die Hälfte der Maßnahmen realisiert, weitere Vorschläge werden in diesem und im nächsten Jahr Schritt für Schritt verwirklicht.

Handlungen und Umsetzungen für die Lokale Agenda 21

Ein Agenda-Prozess braucht eine Struktur und eine zukunftsweisende Perspektive, die sich aus konkreten Handlungen ableitet. Aus diesem Grund legte im Sommer 2000 die **Griesheimer Stadtverwaltung** (Hessen, 27.000 Einwohner) ein „Handlungs- und Umsetzungskonzept zur Lokalen Agenda 21“ vor. Auffällig ist, dass Griesheim seit 1998 einen innovativen und Praxis orientierten Agenda 21-Prozess organisiert, der ihnen bereits 2002 das Lob des Hessischen Umweltministers Wilhelm Dietzel für ihre Projektarbeit einbrachte: „Ihre Projekte belegen beispielhaft, wie sehr eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 von den Ideen und dem Engagement der Menschen vor Ort lebt.“ Zum Beispiel die „Griesheimer Klimaschutzinitiative“, die sich zum Ziel gesetzt hat, den primären Energieverbrauch wie auch den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu senken, den Energiebedarf durch schadstoff- und CO₂-arme Energieträger zu decken und die Emissionen von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren. Oder beispielsweise das Projekt „Lokale Agenda 21 und kommunale Entwicklungsplanung für Sport, Freizeit und Erholung“, das eine zukunftsweisende kommunale Sport-, Spiel-, Freizeit- und Entwicklungsplanung erarbeitet und sie 2003 an den Stadtrat übergeben hat.

Handbuch der Ideen

1999 initiierte die **Stadt Rheda-Wiedenbrück** (Nordrhein-Westfalen, 46.000 Einwohner) ihren lokalen Agenda 21-Prozess. Mit großer Beteiligung der Menschen in der Stadt konnte im Herbst 2001 ein umfangreiches „Handbuch der Ideen“ vorgelegt werden, das nun eine wichtige Diskussionsgrundlage für den Rat bildet. „Eine überzeugende Sammlung von guten Ideen“, sagt Bürgermeister Bernd Jostkleigrewe. Rund 75 Prozent der 104 Projekte seien inzwischen umgesetzt, betont er und benennt dafür beispielhaft die Zusammenarbeit des Ratsgymnasiums und der Universität Mainz bei der Biotopkartierung des Stadtgebietes. Weitere Projekte sind in der Realisierung oder stehen in den kommenden Monaten zur Beratung in den Ausschüssen an. Einige mussten allerdings aus Kostengründen zurückgestellt werden, für andere fanden sich geeignete Alternativen. So begrüßten die Mitglieder des Arbeitskreises „Familie und Wohnen“ die Tatsache, dass inzwischen mehrere SiT-Gruppen (Schüler in Tageseinrichtungen) alleinerziehende Eltern entlasten. Auch mit der Einrichtung des Recyclinghofes, dem „Fall-Management“ in der Sozialhilfe und dem Einsatz einer Betreuerin für Schulabgänger, die Ausbildungsplätze suchen, wurden die Intentionen des Handbuchs aufgegriffen und bereits realisiert.

5.4 Nachhaltigkeit in Beschlussvorlagen und Berichten

Dass die Lokale Agenda 21 bedeutend für die Kommunalpolitik ist, zeigt sich daran, ob man sich in den Städten und Gemeinden um eine langfristige Absicherung einer zukunftsfähigen Entwicklung bemüht. Dazu gehören sowohl politische Innovationen, wie Checklisten, anhand derer die Beschlussvorlagen des Rates auf Nachhaltigkeit überprüft werden können, als auch eine regelmäßige Überprüfung des bisher Geleisteten in Form von Berichten, die dem Rat und der Bevölkerung vorgelegt werden. Die Ergebnisse der Qualitätseinschätzung zeigen, dass vier Kommunen Beschlussvorlagen entwickelt haben, die künftige Entscheidungen auf Nachhaltigkeit prüfen: Dresden (Sachsen), Goslar (Niedersachsen), Mönkebude (Mecklenburg-Vorpommern) und Rüsselsheim (Hessen). Um ihre Fortschritte in Richtung nachhaltige Entwicklung zu überprüfen, haben Bamberg (Bayern), Dresden (Sachsen), Goslar (Niedersachsen) und Riedstadt (Hessen) einen Nachhaltigkeitsbericht erstellt. In 28 Städten und Gemeinden werden derzeit Nachhaltigkeitsberichte erstellt. Diese Beispiele zeigen, dass der Gedanke einer nachhaltigen Entwicklung allmählich Eingang in das kommunalpolitische Alltagsgeschäft findet.

Nachhaltigkeitsbericht benennt Strategien und Maßnahmen

Der Nachhaltigkeitsbericht der **Stadt Bamberg** (Bayern, 70.000 Einwohner), der 2000 in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle der Evangelischen Kirche (FEST), Heidelberg, und unter breiter öffentlicher Diskussion erarbeitet worden war, verfolgt das Ziel einer umfassenden Darstellung mit Zustandsanalyse, Zielen und Handlungsprogrammen. „Gegenwärtig ist die Aktualisierung des Berichtes allerdings noch in Arbeit“, ist von Karl Fischer vom Agenda-Büro zu erfahren. Der Bericht basiert auf 24 Kern-Indikatoren, die den Handlungsfeldern Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales und Partizipation zugeordnet und mit jeweils sechs Zielen verknüpft sind. Zusätzlich zu den Kern-Indikatoren werden drei Ergänzungs-Indikatoren genannt. Anhand der Indikatoren führt der Bericht übersichtliche Grafiken auf, die Entwicklungstrends deutlich machen. Daran schließt sich der Entwurf von Handlungsprogrammen mit Strategien und Maßnahmen an. Das Leitbild der Nachhaltigkeit konkret zu machen und in die Praxis umzusetzen, dazu dient der Nachhaltigkeitsbericht - nach dem Motto: Bamberg fit für die Zukunft machen.

Über relevante Sachverhalte berichten

Das Anliegen, wichtige Sachverhalte zu berichten, fordert der **Gemeinderat Riedstadt** (Hessen, 21.600 Einwohner) von seinem Nachhaltigkeitsbericht 2003, der gegenwärtig in den Ausschüssen diskutiert wird und demnächst verabschiedet werden soll. Grundlage des Berichts ist der Gemeinderatsbeschluss vom Oktober 2002, ein Indikatorensystem einzuführen, das von der Politik, Verwaltung, der Technischen Universität Darmstadt und den Agenda-Arbeitsgruppen erarbeitet worden war. Es besteht aus 40 Kern- und Ergänzungsindikatoren, die den kommunalen Handlungsfeldern zugeordnet sind und für die nun Daten von 1990 bis 2002 vorliegen. Zusätzlich sind die Ergebnisse aus dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ 2002/2003 aufgeführt wie auch eine Beurteilung von 49 befragten Personen und Institutionen zu der Bedeutung der Indikatoren, dem damit verbundenen Handlungsbedarf und der Eignung der bisherigen Maßnahmen. Daraus ist ein sehr informativer Bericht entstanden, der das Interesse und das Engagement der Gemeinde widerspiegelt, sich nachhaltig zu entwickeln. Wichtiges Abstimmungsgremium dafür ist der Koordinationskreis, dem der Bürgermeister, der Dezernent, der Leiter des Perspektivenausschusses, die Parteien, das Agenda-Büro, die Agenda-Arbeitsgruppen sowie Mitarbeiter der Technischen Universität Darmstadt angehören.

Nachhaltigkeitsnachweis für Beschlussvorlagen

Seit April dieses Jahres hat die **Stadt Dresden** (Sachsen, 480.000 Einwohner) einen VNN – einen VorlagenNachhaltigkeitsNachweis. Mit seiner Hilfe sollen Entscheidungsgremien in die Lage versetzt werden, die Folgen ihrer Vorhaben, Projekte und Beschlüsse im Hinblick auf ihre Zukunftsfähigkeit besser abzuschätzen, zu begründen und der Öffentlichkeit zu vermitteln. Der Nachweis ist neben den Agenda-Projekten und der Steuerung auf der Basis von Indikatoren „einer der drei Anker der Nachhaltigkeitspraxis in der Verwaltung“, wie es in der Begründung für die Einführung heißt. Der Nachweis bezieht sich auf die zentralen Handlungsfelder Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Partizipation und unterlegt diese mit jeweils vier bis acht Indikatoren. Sie sind für die Begründung eines Vorhabens, Projekts oder Beschlusses äußerst hilfreich und machen die Auswirkungen von Entscheidungen für andere konkret überprüfbar. Vorbilder für den Dresdener Nachweis, dessen Einführung bis Oktober 2004 von einer Evaluation begleitet wird, sind der Check der Städte Rheinfelden in Baden

und in der Schweiz sowie die Planungs- und Entscheidungshilfe Zukunftsfähigkeit von Agenda-Transfer in Nordrhein-Westfalen.

5.5 Verknüpfung des lokalen Agenda 21-Prozesses mit Planungen der Kommunalentwicklung

Die Lokale Agenda 21 wird erst dann relevant, wenn Ergebnisse des Agenda 21-Prozesses mit Planungen der Kommunalentwicklung verknüpft werden. Somit ist gewährleistet, dass die im Rahmen des lokalen Agenda 21-Prozesses entwickelten Projekte und Konzepte bei weitreichenden politischen, administrativen und planerischen Entscheidungen berücksichtigt und realisiert werden. Dazu zählen Projekte der Stadtentwicklung wie zum Beispiel das Stadtmarketing oder die Wirtschaftsförderung ebenso, wie die Rahmenpläne zur Stadtteilentwicklung oder die Ausweisung neuer Gewerbe- und Siedlungsgebiete. Beachtlich ist auch, dass in 38 Städten und Gemeinden in unterschiedlicher Intensität Ergebnisse des lokalen Agenda 21-Prozesses mit kommunalen Planungen und Konzepten verknüpft werden.

Mit Hilfe dieser Vorlage soll in der Stadt Dresden Vorhaben, Projekte und Beschlüsse auf Nachhaltigkeit geprüft werden.

VORLAGEN NACHHALTIGKEITS NACHWEIS

Vorlagen - Nr.: _____ Landeshauptstadt _____
 Bezeichnung _____
 Erreichter Dresden den _____
 Dresden

Nachhaltigkeitsprüfung zu den Auswirkungen der Vorlage lt. Leitfaden (Anlage)

1. WIRTSCHAFT Nachhaltiges Wirtschaften wird gefördert.
☐ Ja ☐ Nein ☐ Kurzbegründung ☐ siehe Begründung, Blatt 2

2. GESELLSCHAFT Soziale Ausgewogenheit, gesundheitliche Unbedenklichkeit und Förderung der Kultur wird bestätigt.
☐ Ja ☐ Nein ☐ Kurzbegründung ☐ siehe Begründung, Blatt 2

3. UMWELT Die Belange der natürlichen und menschgemachten Umwelt sind gewahrt.
☐ Ja ☐ Nein ☐ Kurzbegründung ☐ siehe Begründung, Blatt 2

4. PARTIZIPATION Die Öffentlichkeit wurde beteiligt. Die gerechte und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist gesichert.
☐ Ja ☐ Nein ☐ Kurzbegründung ☐ siehe Begründung, Blatt 2

Damit wird der mit der Vorlage beabsichtigten Wirkung überwiegend attestiert:
☐ nachhaltig ☐ nicht nachhaltig
☐ weitere Behandlung dennoch empfohlen, Begründung Blatt 2

Zu Nachfragen steht zur Verfügung
 Bearb. Tel. E-Mail
 Anlagen ☐ Begründung Blatt 2 ☐ Leitfaden ☐ _____
 Zutreffendes ankreuzen ☒ Blatt 1

Foto: Stadt Dresden

Perspektivenausschuss für die langfristigen Planungen

Im lokalen Agenda 21-Prozess wurde in **Riedstadt** (Hessen, 21.600 Einwohner) bereits viel erreicht: Bürger, Interessensgruppen und Verwaltung haben gemeinsam Leitlinien, Projekte und ein Handlungsprogramm erarbeitet. Seit April 2001 befasst sich ein Perspektivenausschuss mit den langfristigen Planungen der Gemeinde. Der Ausschuss arbeitet unabhängig vom Tagesgeschäft der Gemeindevertretung und bezieht die Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 in die Arbeit mit ein. „Auch Bürger und Agenda-Aktive haben die Möglichkeit, an den Ausschusssitzungen teilzunehmen und gehört zu werden“, erklärt Barbara Stowasser, stellvertretende Amtsleiterin im Umwelt- und Wirtschaftsamt. Mit Hilfe von Nachhaltigkeitsindikatoren werden die Fortschritte der Gemeindeentwicklung regelmäßig überprüft. Derzeit diskutieren die Mitglieder des Perspektivenausschusses den vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht und daran anknüpfende Maßnahmen.

Lokale Agenda 21 mit sportlicher Note

Die **Stadt Griesheim** (Hessen, 27.000 Einwohner) setzt Akzente, die weit über ihre Grenzen hinaus Beachtung finden. So auch mit ihrer Entwicklungsplanung „für Sport, Spiel, Freizeit und Erholung“ im Rahmen ihres lokalen Agenda 21-Prozesses. Ein Projekt, das mit dem Landessportbund Hessen und dem Institut für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführt wurde.

Vordringliches Ziel war, eine „bedarfsgerechte, zukunftsweisende und nachhaltige kommunale Sportentwicklungsplanung“ durchzuführen, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Sportstätten und Angeboten für ihre Freizeit auch in den nächsten 15 Jahren sicherzustellen. Neben einer Bestandsaufnahme, in der Sportstätten, Parks und Spielplätze wie auch Übungsprogramme und Kurse untersucht und 1000 Bürger telefonisch nach ihrer Meinung befragt wurden, sowie einer Bedarfsanalyse wurde 2003 ein kooperativer Planungsprozess durchgeführt. Daran beteiligt waren Bürger, Schulen, Sportvereine, Entscheidungsträger, Sportwissenschaftler und örtliche Planer.

Herausgekommen ist Ende 2003 der Sportentwicklungsplan. Eine seiner Empfehlungen lautet: „Insbesondere sollte die intensive Beteiligung von Bürgern und unterschiedlichen Interessengruppen am Planungsprozess fortgesetzt werden, um den Sportentwicklungsplan auch in Zukunft bedarfsgerecht auszurichten und mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung zu versehen.“



Foto: Stadt Bamberg

Der Stadtentwicklungsbeirat diskutiert Fragen, die für die Erhaltung und Gestaltung des Bamberger Stadtbilds bedeutend sind.

Unabhängiger Stadtentwicklungsbeirat als Beteiligungsinstrument

Städtebaulich bedeutende Bauvorhaben müssen von Beginn an intensiv fachlich begleitet werden, wenn man gestalterische, ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen im Sinne der Nachhaltigkeit umsetzen will. Als Instrument eines vorauslaufenden Dialog- und Beteiligungsverfahrens entstand in der **Stadt Bamberg** (Bayern, 70.000 Einwohner) aus dem Agenda-Fachforum „Bauen, Wohnen, Mobilität“ ein unabhängiger Stadtplanungsbeirat (SPB). Dieser soll dazu beitragen, innovatives Fachwissen aktiv zu nutzen und zu vernetzen. Der SPB diskutiert das gesamte Spektrum städtebaulich und stadtplanerisch relevanter Fragen, die für die Erhaltung oder weitere Gestaltung des Bamberger Stadtbildes von Bedeutung sind, und untersucht sie auf ihre Stadtverträglichkeit. Das Diskussionsergebnis sind gutachterliche Stellungnahmen, die empfehlenden Charakter haben und in erster Linie den politischen Entscheidungsträgern und der Stadtverwaltung als Entscheidungshilfe dienen. Derzeit bereitet der Beirat Stellungnahmen zu verschiedenen städtebaulich wichtigen Beispielen vor.

Den Flächennutzungsplan 2015 mit der Lokalen Agenda 21 verbinden

„Obwohl es sehr viel Arbeit war und wir sehr viel Zeit aufwenden mussten, war ich von dem Arbeitsprozess immer wieder begeistert“, berichtet Gerhard Willms vom Stadtplanungsamt der **Stadt Wolfenbüttel** (Niedersachsen, 54.000 Einwohner) über die Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen der Lokalen Agenda 21. Sachkenntnis, Engagement und Interesse an der Entwicklung der Stadt hatten die Mitglieder der Arbeitskreise in den vergangenen zwei Jahren in die Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans eingebracht, die der Rat bereits im Sommer 2000

festgelegt hatte. Diesen in vielen Kommunen übliche Vorgang wurde Beispiel gebend mit der Frage verbunden, inwieweit die Zielsetzungen der Nachhaltigkeit nicht eine Umorientierung in der Stadtentwicklung notwendig machten – gerade in einer Zeit, wo die Stadt wächst. Eingeladen waren Bürger, sich in dem Planungsprozess zu engagieren und eine Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplans sowie der Landschaftsplanung mit zu erarbeiten. Direkt beteiligt waren die Agenda-Arbeitskreise an der Formulierung der Zielsetzungen für die Leitbilddiskussion, an der Entwicklung der Szenarien für die zukünftige Stadtentwicklung und an der Bewertung der städtischen Flächen. Im Mai 2004 wurde die gemeinsam erarbeitete Siedlungsflächenkonzeption in den Rat eingebracht und dort einstimmig beschlossen. Weitere Arbeitsergebnisse werden nun folgen.

Leitziele für den Flächennutzungsplan

„Die zukünftige Stadtentwicklung **Freiburgs** (Baden-Württemberg, 210.000 Einwohner) orientiert sich an den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro.“ So lautet der erste Satz in der Präambel der Leitziele für den Flächennutzungsplan 2020. Wichtiges Anliegen bei der Erarbeitung der Leitziele und bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans war und ist die Einbeziehung der Freiburger Agenda 21 und die Bürgerbeteiligung. Dazu Oberbürgermeister Dieter Salomon: „Einen besonderen Stellenwert nimmt die Information und Beteiligung der Bürger sowie die umfassende Abstimmung mit den Umlandgemeinden ein.“ Neben sechs Arbeitsgruppen, in denen Bürger, Bürgervereine und die Agen-

da-Arbeitsgruppen vom Juli 2003 bis Januar 2004 die Leitziele erarbeiteten, behandelten öffentliche Informationsveranstaltungen wichtige Konzepte und Analysen, wie beispielsweise die Bevölkerungsprognose oder das Märktekonzept. Anfang Februar 2004 hat der Rat beschlossen, die Leitziele bei der Entwicklung von Flächenszenarien und bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans mit zu berücksichtigen. Sein vorläufiges Fazit: Insgesamt wurde durch die Bürgerbeteiligung nicht nur ein breiter Konsens, sondern teilweise auch eine inhaltliche Qualitätsverbesserung des ursprünglichen Arbeitspapiers erreicht!

Integriertes Konzept für Stadtentwicklung

Dresden (Sachsen, 480.000 Einwohner) hat in den vergangenen zehn Jahren eine gewaltige bauliche Entwicklung vollbracht. Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen verlangten in kürzester Zeit ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept, das den neuen Rahmenbedingungen entsprechen und wandelnden Einflussfaktoren, wie Bevölkerungsrückgang und Eingemeindungen, und der Wirtschaftslage gerecht werden sollte. Das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (InSEK)“ beinhaltet die wesentlichen räumlichen und funktionalen Entwicklungsziele der Stadt für einen Planungshorizont bis 2005. Dabei steht die Stadtentwicklung unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und berücksichtigt soziale, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte. Wesentliche Entwicklungsziele, wie die Verbesserung der Wohnungs-, der Wohnumfeld- und der Umweltsituation, sind erfüllt worden. Zukünftig sollen nun gezielt Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf gefördert werden.

Die Entwicklung der Stadt Dresden in Richtung Nachhaltigkeit ist im „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ vereinbart worden.

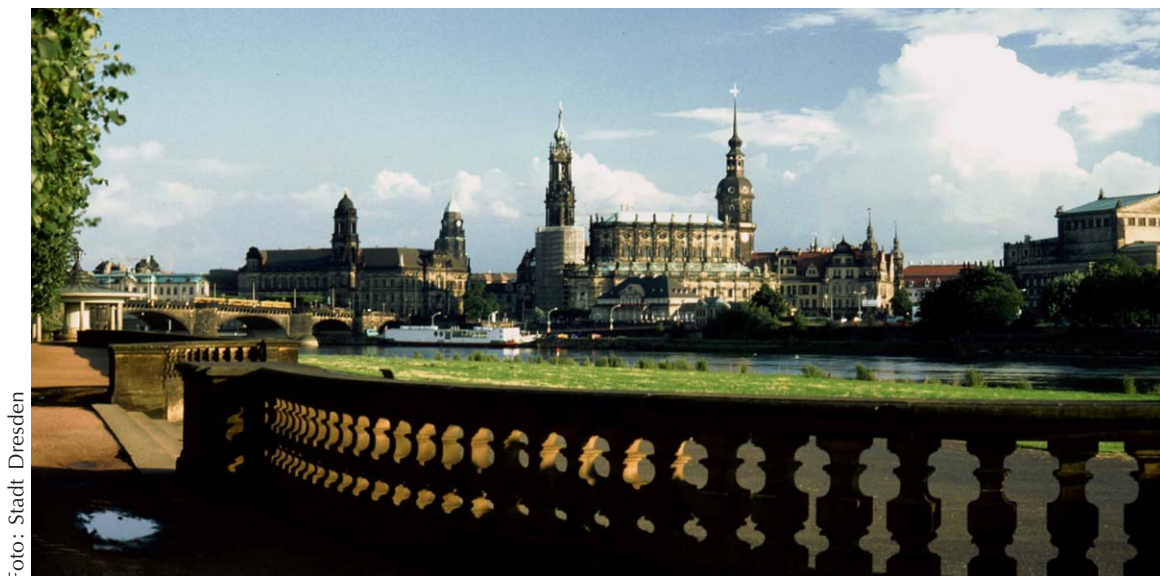


Foto: Stadt Dresden

Resümée und Ausblick

6

In den letzten vier Jahren hat der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ einen sehr wichtigen Beitrag in der Diskussion um die Messbarkeit von nachhaltiger Entwicklung geleistet. Er verband dabei zwei wichtige Aspekte – die Ermittlung des Ist-Zustands einer Kommune basierend auf den Indikatoren mit der Qualitätseinschätzung des jeweiligen lokalen Agenda 21-Prozesses. Messbare statistische Größen wurden mit „weichen“ Qualitätskriterien verbunden. Sowohl die Datenerhebung der Indikatoren als auch die Qualitätseinschätzungen waren vor Ort mit vielen Diskussionen verbunden und gaben wichtige Impulse für die Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit.

Im Laufe der drei Wettbewerbsjahre haben wir das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ zu einem erprobtem und aussagekräftigem Instrument entwickelt, das die wichtigsten Aspekte der kommunalen Nachhaltigkeit abbildet. Dennoch sehen wir in unserem Indikatoren-Set noch Änderungspotenziale, weil sich Problemstellungen, Möglichkeiten der Datenerhebung und die kommunale Realität verändern. Wenn sich die Datenlage ändert, können neue Indikatoren hinzugefügt werden, die inhaltlich aussagekräftiger sind als die bisherigen. Auch können Städte und Gemeinden das Set durch regionalspezifische Indikatoren ergänzen, welche die jeweilige Situation vor Ort abbilden.

Die Erfahrungen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ zeigen: Indikatoren sind sehr wichtige Hilfsmittel bei der Gestaltung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung. (Verweis auf Kapitel 4.3) Städte und Gemeinden können mit Hilfe von Indikatoren aufzeigen, dass

- ihr öffentlicher Nahverkehr für ihre Bewohner attraktiver geworden ist,
- die Kommune Perspektiven für ihre Bürger bietet, weil die Arbeitslosenquote gesunken ist,
- sparsam mit der Ressource Wasser umgegangen wird, weil die Einwohner weniger Wasser verbrauchen,
- die Kommune sich für die Belange der Einen Welt einsetzt und

- immer mehr Unternehmen in ihren Betrieben Energie und Wasser einsparen.

Genauso können Mängel im Sinne einer nachhaltigen Kommunalentwicklung aufgezeigt werden. Kurzum: Mit Hilfe von Nachhaltigkeitsindikatoren können die Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort überprüft werden. Indikatoren sind daher geeignete Messgrößen für eine zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Gemeinden.

Inzwischen arbeiten schätzungsweise ca. 250 Städte und Gemeinden² mit Indikatoren. Die langjährige, bundesweite Diskussion darüber, welche Indikatoren die geeignetesten seien, um nachhaltige Entwicklung zu messen, ist weitestgehend abgeschlossen. Inzwischen liegen bundesweit sehr viele erprobte Indikatoren zu verschiedenen Themenfeldern vor, die im Rahmen verschiedener Projekte wie dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ eingesetzt wurden bzw. werden.

Der Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ spielte eine bedeutende Rolle, um Indikatoren als wichtige Hilfsmittel bei der Gestaltung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung bekannt zu machen und zu etablieren. Um das Thema „Indikatoren“ auf kommunaler Ebene weiterhin zu forcieren, besteht unseres Erachtens großer Handlungsbedarf, die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren bei ihrer Anwendung von Indikatoren durch Beratungs- und Betreuungsangebote wie Datenbanken zu unterstützen.

Inzwischen zeichnen sich verschiedene Wege ab, um diese Entwicklung voranzutreiben. Indikatoren können mit kommunalen Planungen und Konzepten wie beispielsweise der Verwaltungssteuerung und der Bauleitplanung sinnvoll verknüpft werden. Auch bundesweite oder europaweite Förderprogramme wie „Soziale Stadt“ oder URBAN II, welche die Anwendung von Indikatoren fordern, sind dabei von Bedeutung. Flankierend dazu sollten innerhalb der Kommunalverwaltung Strukturen aufgebaut und die Methodenkompetenz der Mitarbeiter der Kommunalverwaltung im Umgang mit Indikatoren gestärkt werden, um eine kontinuierliche Arbeit damit zu gewährleisten.

Wie die Ergebnisse der Qualitätseinschätzungen der drei Wettbewerbsjahre zeigten, gab es unter den teilnehmenden Städten und Gemeinden überzeugende Beispiele von lokalen Agenda 21-Prozessen und Projekten. Die Sieger-Kommunen der letzten drei Wettbewerbsjahre haben unter

² Vgl. Diefenbacher, H., Frank, A., Leipner, I., Teichert, V. & S. Wilhelmy (2004), S. 74

Beweis gestellt, dass es möglich ist, unter sehr unterschiedlichen Ausgangslagen die Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten. Diese vielen Beispiele machen Mut - sie zeigen das Potenzial der Städte und Gemeinden, um die Situation vor Ort zu ändern.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ zeigen auch, dass im Laufe der drei Wettbewerbsjahre immer mehr Städte und Gemeinden Nachhaltigkeitsstrategien und Leitbilder bzw. Leitlinien als Richtschnur für ihre Kommunalentwicklung entwickelt haben. Im dritten Wettbewerbsjahr hatten sich mehr als 50 Prozent der teilnehmenden Städte und Gemeinden auf Handlungsprogramme, Maßnahmen- und Projektpläne verständigt. Sie legten in diesen fest, welche Konzepte und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung in einem bestimmten Zeitraum umgesetzt werden sollen. Ebenso haben 38 von 63 Städten und Gemeinden in unterschiedlicher Intensität Ergebnisse des lokalen Agenda 21-Prozesses mit kommunalen Planungen und Konzepten verknüpft. Um die Fortschritte der vereinbarten Maßnahmen, Konzepte und Projekte bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Kommunalentwicklung zu überprüfen, werden derzeit in 28 Städten und Gemeinden des dritten Wettbewerbsjahres Nachhaltigkeitsberichte erstellt.

In den letzten Jahren haben sich lokale Agenda 21-Prozesse als geeignete Instrumente etabliert, um Verwaltung, Politik, Interessengruppen sowie Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Kommunalentwicklung zu beteiligen. Lokale Agenda 21-Prozesse sind dann erfolgreich, wenn konkrete Ergebnisse wie Leitbilder und Handlungskonzepte mit Verwaltung, Politik, Interessengruppen und Bürgern erarbeitet und umgesetzt werden. Die Indikatoren werden als Kontrollinstrumente bezüglich der Ausrichtung der Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit zunehmend eingesetzt.

Aufgrund der derzeitigen defizitären Haushaltslage in vielen Städten und Gemeinden ist zu befürchten, dass freiwillige Aufgaben wie Lokale Agenda 21 gestrichen werden und durch die Reduzierung von Personal weniger Kapazitäten in Kommunalverwaltungen gegeben sind, um die lokalen Agenda 21-Prozesse voranzutreiben. Es geht inzwischen nicht nur um Haushaltssicherung, sondern auch um die Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung der Städte und Gemeinden sowie um deren politische Handlungsspielräume. Die Kommunen werden somit in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen gestellt, Wege aus der Finanzkrise zu finden. Die Lokale Agenda 21 wird dabei als Kürteil wahrgenommen, die für Lösungswege aus der Finanzkrise eher hinderlich ist. Dabei schließen sich Diskussionen zur Lösung der kommunalen Finanzkrise und zur Gestaltung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung keinesfalls aus, sondern verfolgen dasselbe Ziel: **Die Kommune fit für die Zukunft zu machen!**

Die vielen lokalen Agenda 21-Prozesse bundesweit machen seit Jahren im Kleinen deutlich, wo Lösungs- und damit Wendepunkte zu finden sind. Um Nachhaltigkeit in Städten und Gemeinden voranzubringen, ist es notwendig, die gegenwärtige Debatte um Arbeitsplätze, Globalisierung und kommunale Finanznöte mit Lokaler Agenda 21 und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und nachhaltigem Wirtschaften zu verbinden.